

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Rudolf Hrbek
Jean-Paul Picaper
Arto Mansala

Deutschland und Europa

Positionen, Perzeptionen, Perspektiven

**Discussion
Paper**

C 32
1999

Dokumentation des Europakolloquiums
am 27./28. November 1998

Gefördert mit Mitteln
der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Inhalt

Rudolf Hrbek

Die Europäische Union und die Rolle Deutschlands5

Jean-Paul Picaper

Frankreich, Deutschland und die EU-Präsidentschaft23

Arto Mansala

Finnland, Deutschland und der EU-Vorsitz43

Rudolf Hrbek

Prof. Dr. Rudolf Hrbek, geboren 1938, seit 1976 Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen und Sprecher des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Tübingen; lehrt seit vielen Jahren als Gastprofessor am Europa-Kolleg Brügge (Belgien); Gastprofessuren u. a. an folgenden Universitäten: Washington University, Chulalongkorn University, Bangkok; seit 1994/95 Jean-Monnet Professor; Hauptarbeitsgebiete in Lehre und Forschung: Analyse politischer Systeme Westeuropas und Fragen der europäischen Integration; im Bereich der EG/EU-Forschung Leitung und Durchführung zahlreicher größerer Forschungsprojekte; Vorsitzender des Arbeitskreises Europäische Integration und Vizepräsident der European Community Studies Association (ECSA-Europe); Präsident des European Consortium for Regional and Federal Studies.

Publikationsauswahl: (als Hrsg.) Das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union. Bedeutung und Wirkung für ausgewählte Politikbereiche, Baden-Baden 1995; (als Hrsg.) zusammen mit Peter Straub): Die europapolitische Rolle der Landes- und Regionalparlamente in der EU, Baden-Baden 1998.

Die Europäische Union und die Rolle Deutschlands

Vor 10 bis 15 Jahre haben wir gesagt, die Europäische Gemeinschaft sei gerade auch für Deutschland Ordnungs- und Handlungsrahmen. An solche Dinge sollte man sich erinnern. Ordnungsrahmen bedeutet beispielsweise bestimmte Werte bezüglich der politischen Ordnung, das Sichern des Wirtschaftssystems. Das sind Positionen, wie sie in Deutschland vorrangig vertreten wurden. Damals war sie zweifellos auch noch Wertegemeinschaft

und Ordnungsrahmen in dem Sinne, daß nur so, mit eben dieser Einbettung etwa auch die deutsche Frage lösbar sein würde. Zum Handlungsrahmen: Da gibt es eine Reihe von öffentlichen Aufgaben, die, auch nach Meinung der Bundesrepublik Deutschland, nur im größeren Rahmen angegangen werden können. Die Schlußfolgerung würde lauten, daß sich bis heute überhaupt nichts daran geändert hat. Daß die Einbindung des Nationalstaates, bzw. des größeren Deutschlands, in einen solchen größeren Rahmen weiterhin zur Grundausstattung des nationalen Staates, der ja nicht verschwindet, gehört oder daß andererseits die Bindung an einen solchen Ordnungs- und Handlungsrahmen zu einem Teil Staatsräson des deutschen Staates wird. Das galt und das gilt unverändert.

Was hat Deutschland jetzt eigentlich getan, um diesen Rahmen, diese Gemeinschaft auszugestalten? Da würde ich auf vier Punkte verweisen, die wir eigentlich während des ganzen Integrationsprozesses immer auf der Agenda hatten. Und zu all diesen vier Punkten, wenn man das systematisieren will, würde man deutsche Beiträge konstatieren können.

Der erste Aspekt bei diesem Integrationsprozeß ging auf die Frage ein: Wofür sollte diese Gemeinschaft, die da in bescheidenen Anfängen und dann schrittweise weiter aufgebaut wurde, da sein? Das ist sozusagen der Aufgabenbereich. Hier will ich gleich sagen, daß natürlich die deutsche Politik ganz bestimmte Vorstellungen hatte. Das kann man sich sehr genau ansehen, wenn man sich etwa noch einmal die Verhandlungen und Beratungen im Vorfeld ansehen würde, die dann zu den Verträgen geführt haben. Hier wurde doch versucht, auf bestimmte deutsche Essentials zu achten: Wie etwa , daß so eine Gemeinschaft nach außen hin nicht protektionistisch, sondern daß sie offen ist. Oder, woran sich heute gelegentlich nicht mehr alle erinnern, ist, daß die Regeln des Beihilfekontrollregimes der EG, die ja ziemlich strikt sind, auf das Insistieren der deutschen Partner hin in den Vertrag hineingeschrieben wurden. Die Beihilfekontrolle sowie die Wettbewerbskontrolle, die sind gleichsam eine deutsche Erfindung gewesen und damit ist die Wettbewerbspolitik eine Aufgabe in diesem Rahmen.

Nun zu den Aufgaben: Von der Montan-Union bis zum Vertrag von Amsterdam können wir feststellen, daß die Definition von Aufgaben dazu ge-

führt hat, daß es hier zu einer ständigen Aufgabenerweiterung gekommen ist. Jetzt kommt ein neues Kapitel über Beschäftigung im Vertrag von Amsterdam hinzu. Wir haben sogar die Kultur in den Vertrag von Maastricht aufgenommen.

Das Zweite neben dem genannten Aufgabenbereich, das permanent auf der Tagesordnung steht, lautet: Wie soll in diesem neuen Rahmen entschieden werden? Wie soll die Problembearbeitung erfolgen? Also die Frage des Entscheidungssystems. Was dieses Entscheidungssystem angeht, so war eigentlich von Anfang an klar, daß die supranationale Komponente, daß sozusagen das Kommunitäre doch seinen eigenen Rang haben sollte. Aber die deutsche Politik hat natürlich nicht darauf verzichtet, gelegentlich auch mal ein Veto auszusprechen. Die deutsche Seite hat auch nicht darauf verzichtet, gelegentlich bei der Implementierung von Gemeinschaftsvorhaben nicht in der allerersten Reihe zu stehen. Manchmal war man eben noch in der letzten tolerierbaren Reihe, um einen Einblick zu bekommen. Sie können sagen, daß wir hier auf jeden Fall ein normales Mitglied sind, auch was diese Dinge angeht. Die föderative Struktur, vielleicht eine Besonderheit, die die Deutschen in das Entscheidungssystem mit eingebracht haben, will ich nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

Das dritte Thema, das immer auf der Tagesordnung stand, war die Frage nach der Finalität. Wohin sollte das Ganze eigentlich gehen? Gabe es überhaupt ein Ziel in dem Sinne, daß man einen bestimmten Aggregatzustand so eines Gebildes Gemeinschaft definiert und dann praktisch abschließend in eine Verfassungsform bringt? Oder bestand die Finalität: „Der Weg ist das Ziel“ als ein sich ständig fortsetzender dynamischer Entwicklungsprozeß? Deutschland gehörte sicherlich zu allen Zeiten zu der Gruppe der Mitgliedstaaten, die für eher mehr Dynamik als für weniger Dynamik standen, um das mal sehr allgemein zu sagen.

Der vierte Punkt war die Frage: Wie viele Staaten sollten dieser Gemeinschaft überhaupt angehören, die für bestimmte Aufgaben zuständig sein sollte, die ein bestimmtes Entscheidungssystem hatte, die entweder auf ein bestimmtes Ziel hingehen oder dort den dynamischen Prozeß fortsetzen wollte? Wir wissen, aus sechs sind fünfzehn geworden; Weitere stehen vor

der Tür. Und die Bundesrepublik Deutschland gehört sicherlich zu der Gruppe von Staaten, die die Offenheit immer befürwortet und auch gefördert haben. Wobei klar ist, daß hier in der Regel immer politische Motive die vorrangigen Kräfte gewesen sind. Das gilt sicherlich auch für das, was wir im Moment unter dem Punkt Erweiterung auf der Tagesordnung haben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat also an der Ausgestaltung dieser Integrationsgemeinschaft von Anfang an einen regen Anteil genommen. Wenn ich einmal auf einzelne Punkte verweisen darf, kann man sagen: Da hat Deutschland auch wirklich Akzente gesetzt! Gehen wir in Gedanken zurück. Vielleicht so ab den 80er Jahren, in denen wir fast eine Sequenz von Regierungskonferenzen mit Vertragsänderungen und Ergänzungen hatten, zum Stuttgarter Gipfel mit der Stuttgarter Erklärung. In einer sehr schwierigen Situation ist es damals der Bundesregierung, also Kohl und Genscher, gelungen, ein Papier zu formulieren. Eine Tatsache, die zu jener Zeit gar nicht so selbstverständlich war. Hier sind gleichsam Verpflichtungen politischer Art eingegangen worden, indem man sich entschied, diesen Weg, der dann in einer Regierungskonferenz und in einer Vertragsänderung und -ergänzung mündete, schließlich doch zu gehen. Oder danach das Delors-Paket Nr. 1. Dieses ungeheuer schwierige, in der Tat typische Beispiel eines Package-Deals, das die Reform der Agrarpolitik, eine völlige Neustrukturierung der Kohäsionsfonds, Strukturfonds und nicht zuletzt die Aufstockung der finanziellen Ressourcen über die Einfügung einer Einnahmeart mit sich brachte. Ich glaube in dieser Zeit, Frühjahr 1988, da beginnt dann auch - vielleicht kein freundschaftliches, aber doch ein sehr verlässliches Miteinander von Kohl als Bundeskanzler und Delors als Kommissionspräsident. Wenn Sie gelegentlich bei mir hören, daß ich Namen nenne, so ist das sehr bedacht von mir gemacht. Darüber kann man diskutieren, dafür kann ich auch kritisiert werden, aber das kann ich aushalten. Ich bin aber in der Tat der Meinung, daß häufig der Faktor Persönlichkeit und bestimmte Dinge, die dann angestoßen werden, eine Bedeutung und Folgen haben können. Ich glaube, dies sollten wir auch bei noch so rigider nationaler Analyse nicht ganz außer Acht lassen. Wir wissen mittlerweile gerade bei diesen ganzen Vorgänge soviel auch über Interna, daß es, glaube ich, nicht

schwerfällt, Belegmaterial zu sammeln und zu zeigen: „Bitte, das hat es nicht alleine bewegt, aber dies ist ein Faktor, der dazugehört“.

Dann solche Dinge, die im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung und weiteren Vertiefungsschritten stehen, die dann in den Vertrag von Maastricht mündeten. Die Wirtschafts- und Währungsunion, der Euro - sicherlich sehr stark von deutscher Seite protegiert. Oder das, was dann in den dritten Teil eingegangen ist, wie die Fragen der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres. Auch hier war wohl die deutsche Regierung diejenige, die mehr hätte haben wollen - was, jedoch, damals in Maastricht nicht möglich war - und die an diesem dicken Brett weiter gebohrt hat. Ich will nur sagen, es sind Beiträge, die in der Summe bedeuten, daß die Bundesrepublik Deutschland sicherlich ein Anwalt eines eher dynamischer verlaufenden Integrationsprozesses ist. Wohlgemerkt: „Ausweitung mit Augenmaß“ des Aufgabenbereiches, eine Weiterentwicklung des Entscheidungssystems, Leistungsfähigkeit und Legitimation als zwei Kriterien der Qualität dieses Entscheidungssystems und sicherlich auch die Offenheit.

Nun zum zweiten Kapitel: „Deutsche Beiträge zur Ausgestaltung dieser Integrationskraft“. Hiermit komme ich zur heutigen Situation. Wir sind hier mittendrin in einer ganz aktuellen Debatte. Die gegenwärtigen Herausforderungen der EU könnte man subsumieren unter zwei Stichworten. Das eine eben Vertiefung bzw. Reform, was dann weitgehend das gleiche ist. Also die Frage, wie der Verband selber und seine Erweiterung aussehen sollen. Was das erste angeht, so ist mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam sicherlich der Aggregatzustand dieses Gebildes im Sinne von Ordnungs- und Handlungsrahmen noch einmal weiterentwickelt worden. Wir haben mittlerweile kaum mehr einen Bereich, auf dem sich nicht mindestens teilweise, möglicherweise sogar nur informell, das Augenmerk der Union erstreckt. Wenn Sie lesen, daß vor kurzem selbst die Verteidigungsminister zusammengekommen sind. Natürlich informell, wie es heißt, aber man muß sich mal klarmachen, was das bedeutet. Wenn man sich klar macht, wie die EPZ einmal begonnen hat, mit all den Grotesken: morgens der Rat in Paris, nur damit die EPZ etwas anderes war, und nachmittags ging der ganze Pulk im Flugzeug nach Kopenhagen. Heute würde man sagen: „Die tickten nicht richtig“. Das ist so dieses behutsame Sich-Schritt-

für-Schritt-Vortasten. Mittlerweile also kaum ein Bereich, für den die Union nicht als ein zusätzlicher Gestaltungsrahmen in Frage kommt. Wobei zu dieser Union eben alle Mitgliedstaaten hinzugehören.

Wie ist die Position der deutschen Politik hierzu? Beginnen wir vielleicht mit dem Thema der Erweiterung. Wir werden überlegen müssen, ob der Einschnitt einer neuen Regierung möglicherweise auch Anlaß dafür ist, Antworten, die man gegeben hat, vielleicht nachher als Fragen zu formulieren. Die Kontinuität könnte vielleicht etwas Schaden nehmen. Dinge, die sicherlich noch nicht in ihren Konturen ganz klar sind. Aber alleine der Umstand, daß begründete Fragen gestellt werden können, zeigt immerhin, daß es sich lohnt, darüber nachzudenken. Der Umstand, daß solche Fragen, - sie haben es ja in den Niederlanden erlebt - auch gerade außerhalb gestellt werden, ist vielleicht ein zusätzlicher Punkt, der zum Nachdenken Anlaß geben sollte.

Aus politischen Gründen, aus strategischen Gründen und dank des Umstands, daß Deutschland sich in der Mittellage befindet, war klar, es wird einer der Anwälte einer möglichen Osterweiterung. Es gibt auch ein ökonomisches Interesse an dieser Öffnung, wenn wir uns einmal die entsprechenden Zahlen ansehen würden, die Handelsströme, Direktinvestitionen etc. Zugleich aber, und das zeigt uns, daß es nicht eine historische Veranstaltung sein kann, sondern ein Projekt, muß man sich sozusagen auch um das Kleingedruckte kümmern; darum, daß die Konditionen stimmen und daß die Erwartungen derer, die hier hereinkommen sollen und wollen und die Anliegen derer, die neue Mitglieder aufnehmen, daß das - ich möchte mal sagen - in eine Mischung gebracht wird, die nachher nicht zu erheblichen, völlig disfunktionalen Turbulenzen führt. Denn dann hätten weder die Beitretenden noch die Alten etwas von einer solchen Erweiterung. Diese Punkte werden, trotz aller Bejahung, eben immer zu bedenken sein. Wie sieht es mit der Wanderungsfreiheit im Zuge einer Öffnung, einer Erweiterung aus? Wanderungsfreiheit hat ja vielfache Aspekte. Ich gebe nur kurz ein paar Stichworte: Das ist einmal das Stichwort des Arbeitsmarktes. Wir haben Kenntnisse darüber, wie man das etwa im Falle Spaniens gemacht hat, wo man sich mit Übergangsfristen geholfen hat. Ich glaube es wäre unredlich, wenn man sich nicht eingestehen würde, daß auch hier bei der

Osterweiterung, wenn wir uns mal die Potentiale ansehen und die vorhandene Arbeitsmarktsituation und uns vorstellen, was wäre, wenn im Sinne eines Big Bang gleichsam über Nacht absolute Freizügigkeit gewährt werden würde: Arbeitsmarktkollaps!

Das Zweite: Natürlich nicht nur Personen, die die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in Anspruch nehmen wollen, sondern auch Interessengruppen, bei denen auch noch einige Strolche dabei sind. Also internationales Verbrechen, Kriminalität, Drogen, etc. Das wirft Probleme auf. Und wenn Innenminister nun etwa nach Polen fahren, dann ist es sehr interessant, daß sie sozusagen nicht nur mit den polnischen Partnern verhandeln, sondern daß man versucht, gleich noch einen Schritt weiter nach Osten zu gehen. Wobei die Partner, mit denen man in Weißrußland zu tun hat, wohl nicht ganz unproblematisch zu sein scheinen. Aber damit sind wir nun mit Problemen konfrontiert, die auf zwei Stichworte gebracht: Arbeitsmarkt plus innere Sicherheit in ihren Facetten betrachten.

Ein weiteres, wo sicherlich sehr detaillierte Aushandlungsprozesse stattfinden müssen und wo man sehen muß, was hier ein Ausgleich sein könnte, das ist: Wie gehen wir mit sensiblen Sektoren um? Textil, Kohle, Eisen, Landwirtschaft etc.

Hier gibt es sicher keine Rezepte. Wir müssen uns nur klar machen, daß das sensible Bereiche sind. Es sind sogleich Bereiche, in denen die aufnahmewilligen Staaten noch etwas anzubieten haben. Und wenn man sich auf das gemeinsame Unternehmen Gemeinschaft einläßt, dann ist das so ein bißchen schwierig. Dann muß man da auch gewisse Zugeständnisse machen.

Das heißt, von der deutschen Politik wird eine Menge abhängen. Nicht nur in einem halben Jahr. Die Erweiterungsverhandlungen werden länger dauern, und es werden sich gleichsam alle Augen auf die deutschen Verhandlungspartner richten. Es wird die Frage gestellt, ob es sein kann, daß die deutsche Seite jetzt vielleicht mit einer sehr viel stärkeren Behutsamkeit an die Frage der Erweiterung herangeht, und ob diese Behutsamkeit möglicherweise nur kaschieren könnte, daß man die Sache so weit als möglich vertagt. Sicherlich nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag. Ich sehe hier nie-

manden, der sich ernsthaft eine solche Option vorstellen könnte. Auf der anderen Seite muß man sich natürlich klarmachen, wenn man sich auf das gemeinsame Unternehmen einer Gemeinschaft einläßt, wieviel man den künftigen Partnern in den Verhandlungen, wo es um die Konditionen des Miteinanders geht, bereit ist, zuzumuten. Diese Zeitfaktoren spielen, verbunden damit, wie ich dann einzelne Tagesordnungspunkte behandle, doch eine gewisse Rolle. Ich glaube, die deutsche Politik, aber auch die Politik anderer EU-Mitgliedstaaten tut gut daran, innenpolitische Debatten in all den Beitrittsstaaten sehr aufmerksam zu verfolgen.

Ich will jetzt hier nicht sagen, daß die deutsche Politik die „Bremsenrolle“ spielen würde. Ich glaube, da werden sehr viel eher andere berufen, bei dem Stichwort, daß natürlich die Osterweiterung mit einer ausformulierten Mittelmeerpolitik verknüpft werden muß. Dann wissen wir natürlich sofort, daß das Paket noch einmal ein Stückchen größer wird und daß vielleicht dort eher noch eine Neigung bestehen mag, das eine oder andere Dossier, um das es geht, etwas zögerlicher zu behandeln. Aber die deutsche Politik ist, ob sie es will oder nicht, hier, im Lichte der Aufmerksamkeit, natürlich etwas stärker gefordert. Insofern sind sozusagen die leisesten Töne, Töne die dann auch wahrgenommen werden. Wie gesagt, man kann hier noch nichts Definitives sagen. Aber allein, daß das zu einem Thema gemacht wird, es von außen wahrgenommen wird, daß man beginnt, hier in der innerdeutschen auf die EU-Erweiterung bezogene Diskussion, darüber zu reden und nachzudenken, zeigt glaube ich, daß hier eine mögliche Brisanz vorliegt.

Das Zweite: Vertiefen oder besser gesagt EU-Reformen. Das würde ich gern aufteilen und zunächst einmal die EU-Reform abhandeln. EU-Reform in dem Sinne, daß in diesem Dokument Agenda 2000, Sie haben es vorher auch erwähnt, bei drei entscheidenden Punkten die Europäische Kommission ihre Vorstellungen entwickelt, was denn nun innerhalb der Union getan werden muß, damit die Union aufnahmefähig wird. Wir haben lange Zeit nach der Beitrittsfähigkeit einzelner Staaten gefragt, nach bestimmten Kriterien. Kurzum: man ist die Checkliste durchgegangen. Und hat eben eine erste Reihe und eine zweite Reihe gebildet, die spannend bleibt. Mit der Slowakei in der zweiten Reihe, um nur ein Beispiel zu nennen. Man hat

sehr stark die Beitrittsfähigkeit diskutiert. Eine wichtige, eine unabdingbare Frage. Ich glaube, da ist es auch richtig, wenn man sehr strikt ebenfalls nach der Einhaltung der Essentials fragt. Man belastet sonst das künftige Gemeinschaftsunternehmen für alle Beteiligten. Aber die andere Seite verdient auch Aufmerksamkeit. Wie sieht es mit der Aufnahmefähigkeit aus? Und von einer Aufnahmefähigkeit, darüber besteht weitestgehend der Konsens, werden wir erst dann sprechen können, wenn in der Europäischen Union bestimmte Reformen vollzogen worden sind. Die Kommission hat ihre Vorstellungen darüber entwickelt, was dazu gehört. Eine Reform der Agrarpolitik, also die Landwirtschaft stärker an dem Weltmarkt auszurichten, sie hier besser wettbewerbsfähig zu machen. Und zweitens sich zu überlegen, ob wir nicht unter Umständen direkte Erzeugerbeihilfen, das gegenwärtige Finanzierungssystem, ersetzen, ergänzen. Das wird man sehen müssen, ob nicht in einem gewissen Ausmaß eine Renationalisierung gemeinsamer Agrarpolitik angemessen ist. Hier hat die Kommission einigermaßen konkrete Vorschläge gemacht. Wir können nur sagen, das Echo, das aus deutscher Hand kam, war nicht so, daß sie sagten: „Hervorragend! Das hätten wir genauso vorlegen können. Wir sind völlig d'accord!“. Ganz im Gegenteil. Hier zeigt sich eben, daß Besitzstände, die man hier hatte, nicht so ohne weiteres preisgegeben werden. Und daß das auch eine Aufgabe der politischen Führung ist, zu sehen, wie man in dem Sektor, mit denen in diesem Sektor Tätigen klarkommt. Denn eines ist klar, eine Übertragung des jetzigen Systems der gemeinsamen Agrarpolitik kann eine nicht unerheblich erweiterte EU, insbesondere Polen ist hier wohl ein Hauptfaktor, nicht verkraften. Es sei denn, man würde sagen, Geld spielt keine Rolle. Nur ganz so läuft es ja - wie wir alle wissen - in der EU nicht.

Der zweite Punkt neben der Agrarpolitik: die Kohäsionspolitik. Auch hier gibt es Vorschläge. Um es jetzt mal positiv zu sagen, man möchte sie effektiver machen, man möchte sie konzentrieren. Aber damit ist eben verbunden, daß etwa die Zahl derer oder der Anteil derer, die von irgendwelchen Fördermaßnahmen profitieren, reduziert wird. Es ist sicherlich nicht rational wenn die Strukturpolitik 50 Prozent der Bevölkerung der EU zugute kommt. Wollen wir das nicht ein wenig stärker auf die wirklich bedürftigen Gebiete, in denen das Gefälle stärker ist, konzentrieren? Das

heißt, hier geht es in einem anderen Sinne wieder um neue Verteilungsentscheidungen oder gar Umverteilungsmaßnahmen. Wir wissen, es gibt irgendwo Verluste. Wenn man sie akzeptiert soll, gibt es denn dann wenigstens partielle Konzentration? Damit stünden wir vor der Sisyphusarbeit eines erneuten riesigen Paketes. Damit das Paket nicht zu einfach wird, steht in der Agenda 2000 eben auch noch der künftige Gemeinschaftshaushalt drin. Und da sagt die Kommission - das erlaube ich mir etwas kritisch anzumerken - vielleicht ein wenig zu blauäugig, daß alles ohne eine Erhöhung zu verkräften ist, daß das Ganze also nicht teurer wird. Da meine ich, kommt das Echo, der Chor derjenigen, die sagen: „Das bezweifeln wir zunächst einmal“, dem, was da auf uns zukommt, näher. Trotzdem muß, sei es durch eine Reform im Rahmen des bisherigen Umfangs, sei es im Sinne einer Aufstockung, dieses ganze Finanzgefüge neu austariert werden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß dieses die zentrale, die schwierigste Aufgabe des Jahres 1999 sein wird und 1999 gelöst werden muß. Natürlich können Sie sagen: „Dann tun wir etwas, indem man mit einem Zwölftel von Monat zu Monat höher plant“. Damit können Sie keine Politik gestalten. Damit können Sie im Sinne einer Vitaminspritze mal so gerade vor sich hinvegetieren. Aber eigentlich möchten wir alle Politik gestalten. Also positive Integration, Politikintegration in verschiedenen Bereichen. Das ist eben mit Ausgaben verbunden. Ich glaube, niemand kann sagen, wie das ausgeht. Und natürlich sagt die deutsche Politik, es sei ein Ungleichgewicht entstanden. Das ist zweifellos richtig. Es ist auch richtig, daß die Gründe, die seinerzeit zu dem britischen Rabatt oder zu dem Rabatt für Großbritannien geführt haben, in dem Umfang wie damals nicht mehr vorhanden sind. Daß Großbritannien sozusagen ungerechtfertigt durch die Fortschreibung des bestimmten Systems begünstigt wird, und daß dann andere - Schweden, Niederlande, Deutschland - primär sagen: „Wir wollen es etwas fairer“. Wir wollen da wirklich einen fair deal haben. Nur wie dieser fair deal dann aussieht, das kann niemand sagen. Wir wissen nur, daß das alles auf dem Verhandlungstisch liegen wird, und daß hier ein riesiger Aushandlungsprozeß stattfinden wird. Und am Ende kann eigentlich nur ein Paket stehen, dessen Einzelkomponenten wir zwar nennen können, nur

welche Einzellösungen wir darin finden werden, wie dieses Paket im einzelnen aussieht, das wissen wir heute nicht.

Was folgt daraus für die Bundesrepublik Deutschland? Ich glaube, daß sie bei der Frage der Kosten soweit Kontinuität hat zeigen müssen als deutsche Politik, daß sie bereits dadurch von dem Integrationsverband profitiert hat. Das können Sie nicht in einer fiskalischen Kosten-Nutzen-Rechnung alleine sehen. Das wäre kurzsichtig. Darin liegt vielleicht auch das Fatale der damaligen Äußerung von Bundeskanzler Schmidt mit der Nettozahlerposition. Das ist in der Öffentlichkeit, im öffentlichen Diskurs zu einer fatalen Blockade geworden. Die wird man jetzt nirgendwo mehr los. Darüber hinaus ist es nicht einfach, zu sagen: „Leute, es kostet auch was. Es geht nicht zum Nulltarif“. Im Moment scheint mir das Klima auch nicht so zu sein, daß sich hier allzuviele Politiker, dadurch profilieren wollten, indem sie genau diese Dinge in der gebotenen Wahrheit und Deutlichkeit sagen. Das gilt im Grunde genommen auch für den Bereich Agrarpolitik. Man hat innerhalb des EU-Verbundes der deutschen Politik vorgeworfen, sie sei in sich nicht konsistent genug. Es ist auch nicht ganz glaubwürdig und überzeugend auf der einen Seite die Erweiterung nachhaltig und bedingungslos beinahe zu fordern, auf der anderen Seite aber bei einer Bedingung, etwa einer Anpassung der Agrarpolitik, im Grunde genommen voll auf der Bremse zu stehen und sich fast zu verweigern. Ich glaube hier sind Klärungsprozesse notwendig. Und das ist die Frage, ob Bundeskanzler Schröder, ich spreche ganz bewußt den Kanzler an, ebenso die gleiche Entschiedenheit in der Bestimmung von Weichenstellungen von Europapolitik an den Tag legen wird, wie es Kohl sicherlich in der einen oder anderen Frage gezeigt hat. Das soll jetzt keine vorweggenommene Kritik am Bundeskanzler sein, sondern nur deutlich machen, daß hier Verhandlungssituationen entstehen können, die eine politische Weichenstellung fordern, weil es in der Tat bei der EU-Reform um eine zentrale Bedingung für die Bewältigung der Erweiterung geht. Diese hat eindeutig Priorität zu bekommen.

Zu den institutionellen Reformen: Da vertritt Deutschland, ähnlich wie andere der großen Staaten, bestimmte Positionen. Deutschland sieht, daß im Zuge einer Erweiterung bestehende Probleme ihr relatives Gewicht noch verstärken können. Amsterdam hat es nicht geschafft, hier Lösungen anzu-

bieten. Die einen nehmen das zum Anlaß, zu sagen, Amsterdam sei ein Fehlschlag gewesen. Ich neige eher zu der anderen Sichtweise. Ich konstatiere, daß man die Probleme nicht gelöst hat, daß man sie vielmehr vertagt hat, aber man hat sie wohl deshalb vertagt, weil man in Amsterdam im Sommer 1997 unter keinem unmittelbaren Entscheidungsdruck stand. Die Erweiterung stand nicht vor der Tür. Das haben wir doch häufig erlebt, daß eine Frage erst dann wirklich in konditionsfordernden Nachtsitzungen durchgekaut und zu einem Ergebnis gebracht wurde bzw. wird, wenn es denn wirklich sein muß. Dann hält man noch eine oder zwei Wochen die Uhren an. Aber doch bitte sehr nicht vier Jahre im Vorhinein. Trotzdem sind institutionelle Reformen Desiderate. Da werden vielleicht noch raffiniertere Lösungen, wenn auch nicht eben einfacher und transparenter, als die, die wir jetzt schon haben, gefunden werden müssen. Das erscheint mir im Vergleich mit den substantiellen Fragen, um die es geht, eher leichter zu bewältigen zu sein. Insgesamt wohl deshalb, weil im Verhalten aller Beteiligten erkennbar wird, daß, wo Mehrheitsentscheidungen nötig sind, man eher auf einvernehmliche Lösungen aus ist. In dem Moment, in dem das weiter internalisiert bleibt und praktiziert wird, sind diese Verfahrensfragen nicht ganz so zentral, wie es abstrakt vielleicht scheinen mag.

Die deutsche Politik ging über aktuelle Probleme der EU-Politik und -Entwicklung hinweg. Das sind aber nicht nur diese Dinge, das heißt die Reform mit den drei Hauptelementen in Verbindung mit der Erweiterung. Sondern da stehen natürlich auch Einzelpunkte auf der Agenda. Ich nenne einige wenige, von denen ich glaube, daß sie sehr wichtig sind:

Das eine ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Es gilt heute, das, was man installiert hat, einmal arbeiten zu lassen. Da stellt sich die Frage: Wird die Politik im Rahmen dieser Wirtschafts- und Währungsunion auch auf Stabilität ausgerichtet bleiben? Wird der Geld- und Währungspolitik und damit der Europäischen Zentralbank neben der Orientierung auf Stabilität der Währung noch weitere Funktionen als prioritäre Aufgabenstellungen gegeben? Da erleben wir im Moment eine Diskussion. Diese Diskussion wird sich fortsetzen. Das wird einer der Punkte sein, bei denen man insbesondere auch die deutsche Politik sehr aufmerksam beobachten wird. Es wird bereits jetzt getan. Das Echo, das teilweise aus anderen EU-Staaten

nach Bonn bzw. bald nach Berlin kommt, zeigt, daß es hier gewisse Irritationen gibt.

Ein zweiter Themenbereich ist die Beschäftigung. Man muß hier grundsätzlich fragen: Welche Rolle soll der Staat bei der Steuerung der Wirtschaft haben? Da haben wir eine gewisse ordnungspolitische Kontinuität in der deutschen Politik. Es gibt durchaus Anzeichen, daß hier beinahe so etwas wie ein Paradigmenwechsel nicht ganz undenkbar ist. Mindestens nicht undenkbar wäre, daß bestimmte Positionen nicht mehr vertreten wurden und vielleicht nicht mehr vertreten werden, mit durchaus offenen Konsequenzen. Konsequenzen auch hinsichtlich des innenpolitischen europapolitischen Konsens.

Ein drittes Thema: WTO. Wie wird es die deutsche Politik, vielleicht insbesondere gegenüber der französischen Politik mit der Offenheit in der Weltwirtschaft versus der - ich will nicht sagen Protektionismus, sondern gebrauche lieber das schöne Wort Gemeinschaftsreferenz - halten? Das ist wirklich ein schönes Wort. Nur man muß es dann im Einzelfall durchdeklinieren, genaue Analysen einholen. Da werden sich auch einzelne Konflikte zeigen. Einiges ist bereits auf der Tagesordnung. Aber es werden mit Sicherheit noch gravierendere Themen als nur die gute Banane hier.

Thema Nummer vier: Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz. Ich glaube, daß bleibt in der Bundesrepublik allein durch ihre geographische Lage, eben durch die Tatsache, daß wir hier sehr viele Nachbarn und mit vielen Nachbarn, viele Grenzen haben, auf der Tagesordnung. Hier ist die deutsche Politik, vor allem unter der Frage, was mit den Wanderungsbewegungen verbunden sein könnte, gefordert. Wie sollen wir das ausgestalten? Da wird sicherlich einiges auf die deutsche Politik zukommen. Und wir haben in letzter Zeit eher andere Themen auf den Seiten 1 und auf dem Schreibtisch der Kommentatoren, die Leitartikel schreiben. Ich könnte mir denken, daß wir bald auch mal wieder auf das Thema Europol zu sprechen kommen. Wie wollen wir es denn eigentlich damit halten? Warten wir mal ab, ob das zu einem Thema der inneren Diskussion in Deutschland wird, und wie diese dann sozusagen im Gemeinschaftsrahmen aufgenommen wird. Denn ohne - ich möchte mal sagen - bestimmtes Instrumentarium ist

eine gemeinsame Wanderungspolitik mit unterschiedlichsten Personen, Flüchtlingen, Asylsuchenden, die als Arbeitnehmer Freizügigkeit begehren, nicht zu bewältigen.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist das fünfte Thema: Dort sieht es so aus, daß sie wirklich praktiziert wird. Ich will den Punkt nur mal erwähnen. Aber wir alle wissen natürlich, daß sich da ganz schnell etwas ändern könnte. Keineswegs eben nur durch die deutsche Politik. Aber die deutsche Politik muß dann gleichsam an vorderster Front an der Debatte mitwirken. Das ist ganz einfach damit verbunden, daß man nicht ein Mini-staat im Rahmen der EU ist.

Dann bleibt noch das Thema, und ich habe, bei soviel Sachverstand, etwas Hemmungen, das Subsidiaritätsprinzip hier auf diesen - nennen wir es mal - Verfassungsgrundsatz anzusprechen. Aber da wird natürlich die deutsche Politik, auch die deutsche Politik, sofern sie für Länder eigenständig formuliert wird, aufpassen müssen, daß man zu einem Verständnis des Subsidiaritätsprinzips kommt, bei dem man in der Tat nicht für ein intensives Gemeinschaftshandeln plädieren muß. Auf der anderen Seite aber, fast im Sinne von Gemeinschaftstreue und gemeinschaftsfreundlichem Verhalten, sollte man der Gemeinschaft eben auch Aufgaben übertragen, für die sozusagen andere Regelungsrahmen als Handlungsrahmen zu klein geworden sind. Mir scheint, daß dieses Gleichgewicht in der ganzen Debatte noch nicht gefunden worden ist, auch nicht durch das sogenannte Subsidiaritätsprotokoll im Vertrag von Amsterdam.

Jetzt komme ich zu meinem letzten Kapitel. Das will ich jetzt sehr kurz machen. Und dies sind Bemerkungen angesichts des Umstandes, daß eine neue Regierung begonnen hat, und natürlich auch im Organisatorischem neu zu gestalten beginnt.

Ist die Bundesregierung ein Akteur? Aber was heißt das eigentlich „Bundesregierung“? Die ist ja nicht der eigentliche Akteur, sondern hier müssen wir fragen, wo sind denn die Entscheidungskompetenzen hingegangen? In welcher Weise hat der Bundeskanzler von seiner Organisationsgewalt Gebrauch gemacht? Hier können wir sehen, daß Zuständigkeiten neu verteilt worden sind. Wobei niemand weiß, was das für die operationelle Seite, die

deutsche Europapolitik, bedeutet, wenn darauf verwiesen wird, daß in anderen Staaten eine gewisse Bündelung, eine gewisse Konzentration praktiziert wird. Dann kann man durchaus die Schlußfolgerungen ziehen, daß es gute Gründe gibt, auch hier zu einer stärkeren Konzentration zu kommen. Dabei vermischt sich das Organisatorisch-Funktionale manchmal auch mit dem Substantiellen. Was für eine Politik wird hier gleichsam bewegt? Insofern wird man fragen und abwarten müssen, wie sich die Bundesregierung, die hier sicher vorrangig Europapolitik mitgestalten wird, darstellt, und um welche Akteure es im einzelnen gehen wird, die hier tonangebend sein werden. Wir hatten bisher immer Rivalitäten, wie etwa zwischen Wirtschaftsministerium und Außenministerium. Dann hatten wir natürlich immer den Finanzminister. Der muß ein Geizkragen sein, das gehört zu seinem Job. Das ist sozusagen mit der Rolle verbunden. Aber wie das insgesamt zu bündeln ist, das ist die Frage. Damit sind wir neben der Frage der Zuständigkeiten bei der Frage der internen Koordinierung angelangt. Wird daraus eine kohärente Gesamtpolitik? Und ganz besonders wichtig wird das, was als deutsche Politik bei unseren 14 Partnerstaaten, plus den Kandidatenstaaten, als kohärente, glaubwürdige deutsche Politik partizipiert wird. Irgendwelche Zweifel und Irritationen wären fatal. Ein Nebenpunkt dazu oder vielleicht etwas mehr als nur ein Nebenpunkt ist: Wie will es die neue Regierung mit der Besetzung hoher Ämter im Rahmen EU, vielleicht im weiteren Sinne mit internationalen Ämtern halten? Natürlich steht nirgendwo geschrieben, daß die Opposition ein Mitglied in der Kommission in Brüssel haben muß. Das kann man ändern. Die Frage ist nur, wie verändere ich bestimmte Arrangements? Ist das einvernehmlich? Und was spiegelt sich in der Art, wie solche Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, wieder? Auch das hat etwas mit der Akteursqualität der deutsche Politik in der EU zu tun.

Ich will eigentlich wenig oder gar nichts zum Bundestag sagen. Hier wird man weiterhin beobachten müssen, was der Europaausschuß des Bundestages bewerkstelligen kann. Ich glaube, er muß noch sehr viel an Eigenprofil gewinnen. Interessanter mag vielleicht sein, wie sich die Länder und der Bundesrat als eine Arena, in der sich die Bundesländer bündeln, quotieren und handeln, präsentieren wird. Ich glaube, daß nicht nur die Fragen der

internen Steuerpolitik in dieser Art von Verteilungsfragen gewisse Konflikte aufwerfen, sondern daß dies auch bei Europapolitik der Fall sein wird. Und hier insbesondere in Verbindung mit Reformvorschlägen, wie sie der föderative Aufbau der Bundesrepublik Deutschland mit sich bringt. Von außen her wird es teilweise so gesehen, daß sich die deutschen Länder als eine Art Bremse für eine dynamische deutsche Europapolitik erweisen könnten. Es gibt einzelne Stimmen aus anderen Staaten, die das bei der Regierungskonferenz in Amsterdam so wahrgenommen haben. Ich glaube, auch wenn man es selber nicht ganz unterschreibt, muß man es ernst nehmen, wenn einem eine solche Perzeption vermittelt wird. Ich meine, daß die deutsche Politik hier durchaus die Möglichkeit hat, zu erklären, daß eine präoperative Struktur mit einer gewissen Dualität verbunden ist, die eben auch Konflikte beinhaltet, daß dieses innerhalb des Staates ausgehalten werden muß, und daß man damit auch im EU-Rahmen existieren muß.

Eine zweite Gruppe von Akteuren sind die Parteien. Hier will ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß natürlich die Europäisierung des Parteienspektrums etwas sein wird, was auch für deutsche Parteien eine wichtige Aktionsmöglichkeit darstellt. Da ist einmal die Arena des Europäischen Parlaments mit ihren transnationalen politischen Fraktionen. Da ist aber auch die Arena der Parteibünde oder Parteiföderationen, bei denen deutsche Parteien sicherlich wesentliche Akzente setzen können und - ich möchte es mal so sagen - die Aufgabe haben, gleichsam diese transnationale Infrastruktur weiterzuentwickeln. Insofern mag sich die Frage stellen, ob der europapolitische Konsens der beiden großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland andauern wird.

Was zu den Interessenverbänden als Akteuren zu sagen ist, das habe ich im Prinzip ja schon gesagt, indem ich auf einige Politikbereiche verwiesen habe: Agrarpolitik, Bauernverband, Beschäftigung, Gewerkschaften oder Unternehmer. Ich glaube, daß diejenigen recht haben, die sagen, Europapolitik wird sehr stark auch von sektoralen Interessen und ihren Organisationen mitbestimmt. Sie sind voll anerkannte, voll engagierte und voll involvierte Mitspieler. Aber eben auch die Deutschen. Sei es als nationaler deutscher Verband, sei es als eine Komponente in der entsprechenden Euro-Organisation. Ich glaube auch, daß das Auftreten in so einem europäi-

schen Round Table eines Euro-Verbandes ein Aspekt deutscher Europapolitik ist und als solcher dann auch wahrgenommen wird.

Schließlich die öffentliche Meinung: Ist es hier wirklich nur ein Konsensus oder gar eine zurückgehende, dynamische Reifeentwicklung, gar unter Gegenwind? Ich meine, daß hier - ich sage es mal sehr allgemein - die politische Eliten insgesamt gefordert sind, deutlich zu machen, wo eigentlich die Prioritäten liegen: Daß nämlich der Rahmen „Europäische Union“ Ordnungs- und Handlungsrahmen bleibt und sich an dieser Staatsräson in der vergrößerten Bundesrepublik nichts, aber auch gar nichts geändert hat. Ich glaube, hier sollte von Seite der politischen Führung einiges im Sinne von Public Opinion Building or Shaping mitgetan werden. Manches, was in der Euro-Debatte gelaufen ist, oder was man da hat laufen lassen, war mittelfristig nicht sehr klug, glaube ich. Aber nun ist es alles so gelaufen, wie es gelaufen ist. Ich glaube, man sollte wieder sehr klar den Blick nach vorne wenden. Nur dann wird es auch möglich sein, die Frage der ausreichenden belastbaren demokratischen Legitimität dieses Gebildes positiv zu beantworten. Dies ist eine ganz zentrale Aufgabe.

Jeder steht und lebt im Rahmen der Union.

Jean-Paul Picaper

Dr. Jean-Paul Picaper, geboren 1938, Deutschlandkorrespondent der renommierten Pariser Tageszeitung „Le Figaro“; Studium der Germanistik, Skandinavistik und Politikwissenschaft in Bordeaux, Berlin und Paris; Promotion in Straßburg; anschließend Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo er die Habilitation erlangte; seit 1977 Deutschlandkorrespondent von „Le Figaro“. Zahlreiche Veröffentlichungen; 1983 Deutsch-französischer Journalistenpreis des Saarländischen Rundfunks; 1990 Europäischer Verdienstorden für seine Beiträge im Dienste der deutsch-französischen Verständigung; 1997 Verleihung des deutsch-französischen Preises für Wirtschaftsjournalismus; 1998 Auszeichnung mit dem französischen Verdienstorden.

Frankreich, Deutschland und die EU-Präsidentschaft

Als sich im Herbst 1984 Helmut Kohl und François Mitterrand angesichts des Totendenkmals in Douaumont die Hand reichten, hat es den „Geist von Verdun“ gegeben. Wird es den „Geist von Potsdam“ geben, wo man einen Gerhard Schröder erlebte, der an sich eine frankophile Ader entdeckte? Ebenso spontan wie damals in Verdun der Pfälzer, legte der Angelsachse während der Pressekonferenz vom 1. Dezember 1998 in der Hauptstadt Brandenburgs seine Hand auf die Hand von Jacques Chirac.

Diese erotische körperliche Berührung ist zwischen Deutschland und Frankreich zum Ritual geworden. Sie bedeutet: Aufhebung der sozialen Distanz, Aufeinander zugehen, Verständigung ohne Scheu. Das Wort „spontan“ ist hier nicht wörtlich zu nehmen. Bei Schröder, wie bei den

meisten Politikern, ist nur wenig wirklich „spontan“, besonders dann nicht, wenn die Medien anwesend sind. Wie Kohl damals, so wollte Schröder wahrscheinlich wenigstens einmal in seinem Leben einen französischen Staatspräsidenten berührt haben. Das soll Wunder wirken!

Wenige Tage zuvor hatte der französische Außenminister Hubert Védrine der Tageszeitung *Libération* ein Zeitungsinterview gewährt, in dem er sagte, die Zeit der Symbolik sei vorbei. Es gehe darum, jetzt praktisch zusammenzuarbeiten, man wolle eine „erdnahe“ Kooperation. Ganz abgesehen davon, daß das Händchenhalten beides zugleich ist, Symbolik und Normalität nämlich, sehe ich in der Aussage Védrins den Wunsch der Sozialisten, die Geschichte zurückzudrängen. Der Außenminister will, wie Schröder, unterstreichen, daß mit den 13 rosaroten bzw. rot-grünen Regierungen in Europa eine neue Ära angebrochen ist, die auf die große Gestik der Kohl- und der Mitterrand-Ära, geschweige denn der Adenauer- und der De Gaulle-Ära, verzichten kann. Ob man allerdings Geschichte vertreiben kann, daran zweifle ich allerdings sehr. Ich glaube nicht, daß Präsident Chirac die Situation ebenso bewertet. Er will bestimmt Großes tun, mit mehr Erfolg als bisher. Und wenn er Schröder schon bei dessen ersten Besuch in Paris am 29. September 1998 das „Du“ anbot, so bedeutet dies, daß Schröder nicht hinter Kohl zurückstehen soll und daß der Franzose dezidiert auf den deutschen Partner setzt. Also doch Symbolik...

Aber wird diese Männerfreundschaft von Bestand sein? Wird sie zu einem Politikum? Ganz unabhängig von Personen und Weltanschauungen hat die deutsch-französische Zusammenarbeit zwar eine eigene Dimension erreicht, die man als „historisch“ und „unumkehrbar“ bezeichnen kann. Dennoch hat sich dabei herausgestellt, daß dabei Persönlichkeitsstrukturen eine große Rolle spielen.

Außenpolitik ist Realpolitik plus Wahlverwandschaft. Daß eine neue Regierung in Deutschland gewählt wurde, hat in Frankreich natürlich viele Fragen aufgeworfen. Früher machte man sich nicht so viele Gedanken darüber, aber die Kooperation der beiden Länder ist so intensiv und die Wahrnehmung der außenpolitischen Probleme so stark geworden, daß man realisiert, daß man heute nur mit dem deutschen Partner steht oder fällt.

Freilich, ein politischer Wechsel in Deutschland kann deshalb die Franzosen nicht erschrecken. Sie haben während der 16jährigen Kohl-Ära bei aller 14-jährigen Mitterrand'schen Kontinuität mehrere Regierungswechsel und letztlich auch noch einen Präsidentenaustausch erlebt. Außerdem ist schon tausendmal gesagt worden, daß Regierungen wechseln, aber das deutsch-französische Verhältnis bleibe. Im Normalfall bleiben Staats- und Bündnisinteressen sowieso erhalten. Der Spielraum der Realpolitik ist außerordentlich begrenzt, zumal Entscheidungen durch internationale und europäische Abmachungen und Interdependenzen in unserer Epoche der Globalisierung geprägt werden. Was allerdings das Gemüt bzw. „die Chemie“ angeht, da ist die Variationsmarge breiter.

Seit dem Rücktritt und dem anschließenden Tod von Mitterrand waren die Beziehungen Bonns zu Paris etwas abgekühlt. Das Duett Kohl-Mitterrand, wie davor in einem weit geringeren Ausmaße dasjenige von Schmidt und Giscard, waren für Europa und seinen deutsch-französischen Motor Glücksfälle gewesen, die nicht wiederholbar wurden. Zwischen Chirac und Kohl konnte die Stimmung offensichtlich nicht richtig warm werden (schon der Umstand, daß paradoxerweise Kohl ein Weintrinker und Chirac ein Biertrinker ist...) und zwischen dem Katholik Kohl und dem Protestanten Jospin erst recht nicht. Ich glaube dagegen, daß Schröder gut zu Chirac paßt. Ihre gemeinsame Erfahrung ist es, daß sie von Kohl unterschätzt worden sind. Das wissen beide sehr gut, denn Kohl machte aus seiner Verachtung keinen Hehl. Der schwarze Riese war, wie Helmut Schmidt seinerzeit, ziemlich arrogant geworden. Er hatte, wie Mitterrand, monarchistische Attitüden und nach dessen Ableben schlich er sich sogar in die Rolle Gottes ein. Er hatte Chiracs bombastischen Einzug in sein Amt 1995 mit den Atomtest nicht sonderlich genossen und dessen abrupte Ankündigung, die französische Armee in eine Berufsarmee zu verwandeln, ohne zuvor den Partner konsultiert zu haben, wurde als Affront empfunden. Kohl mochte Chiracs Stil nicht.

Man wird sich die neuen Bilder verinnerlichen müssen. Die Körperlängen von Chirac und Schröder stehen zunächst einmal im umgekehrten Verhältnis zu derjenigen im Duett Kohl-Mitterrand. Man wird sich aber man mit Schröder daran gewöhnen müssen, daß nicht alle Deutschen, selbst wenn

sie blaue Augen haben, das Gardemaß von Helmut Kohl und Claudia Schiffer - die Inbegriffe Deutschlands aus französischer Sicht - erreichen können. Die Vergangenheit zeigt aber, daß so etwas kein Verständigungshindernis ist, zumal Schröder schon gewichtiger ist, als Mitterrand es war. Abgesehen von vielen Ähnlichkeiten im Temperament des neuen Kanzlers und des Staatspräsidenten Chirac, fallen mir einige vergleichbare politische Grundzüge auf. So waren beide Euroskeptiker, die die politische Vernunft zu Eurobefürwortern gemacht hat. Chirac ist seiner geistigen Struktur nach ein Linker - ehemaliger Pazifist, Befürworter sozialer Gerechtigkeit, Errepublikaner -, der rechts Karriere gemacht hat, während Schröder ein Rechter ist - Zigarrenraucher, treuer Sohn, heiratet immer gleich, respektiert das Fachwissen und als Anwalt das Recht -, der nirgendwo anders, als Links Karriere machen konnte. Im übrigen ist Schröder so weit bereits „französisch“, als daß er den Vornamen von Lionel Jospin richtig aussprechen lernte.

SPD-Politiker wie Oskar Lafontaine, der französisch spricht und ein herzliches und gutes Verhältnis zu seinem deutschsprechenden Kollegen Dominique Strauss-Kahn und zu dessen Chef Lionel Jospin hat, aber auch ganz besonders Rudolf Scharping, der Frankreich nicht nur als Begleiter der Tour de France kennt, oder Günter Verheugen, der seit Jahren mit den französischen Sozialisten zusammenarbeitet, ganz zu schweigen von den Romanisten unter den Mitarbeitern des SPD-Vorstandes und der Parteigremien, stehen Frankreich - in den Fußstapfen von Carlo Schmid und Willy Brandt - außerordentlich nahe. Selbst Otto Schily ist fast bei uns beheimatet. Was heißt hier Toskana-Fraktion? Provence-Fraktion sollte man sagen.

Es ist überdies erstaunlich, wie viele Minister beider Regierungen die Sprache des Partners sprechen. So z. B. der französische Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der Germanist ist, und die grüne Umweltministerin Dominique Voynet, die mit einem Bayer verheiratet ist. Ich bin ganz sicher, daß trotz aller Unkenrufe die deutsch-französische Kooperation einen neuen Aufschwung erfahren wird, zumal die Art und Weise, wie die deutschen Sozialdemokraten die Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa verstehen, der der französischen Sozialisten sehr ähnlich ist.

Darüber hinaus kann man vermutlich behaupten, daß die Politikvorstellungen der SPD, bei aller europäischen Verankerung der Unionsparteien, der laizistischen und etatistischen politischen Kultur der französischen Republik näher stehen, als etwa diejenige der ultraliberalen FDP und sogar Teilen der konfessionell gebundenen CDU/CSU. In Frankreich basiert die Politik auf der Trennung von Kirche und Staat, einem Staat, der ziemlich dirigistisch und interventionistisch ist. Allerdings sind die sehr klassizistisch und traditionalistisch ausgerichteten französischen Super-Hochschulabsolventen etwas strenger in ihrem Verhalten und Arbeitsstil, als die deutschen Genossen - besonders unter den Grünen. Noch hält sich die allgemeine Euphorie unter den regierenden Franzosen bezüglich des linken Wahlerfolgs und der ersten Stellungnahmen der Schröder Regierung, die Deutschland tatsächlich in den europäischen Durchschnitt enger integriert, als es unter Kohl, Waigel und Kinkel der Fall war. Als Nichtsozialist beobachte ich diese neue Situation mit gemischten Gefühlen. Aber als Beobachter muß man vom „Ist“ ausgehen. Kein Zweifel: die Beziehungen sind lockerer, netter, ungezwungener als sie unter den Herren Kinkel und Waigel geworden waren und, wenn man bedenkt, daß nicht der Inhalt der Ideen, die ausgetauscht werden, wichtig ist, sondern der Prozeß des Austausches überhaupt, damit „der Motor läuft“, so kann man zufrieden sein. Wird die deutsch-französische Kooperation unter der Schröder-Regierung besser funktionieren, als unter der Kohl-Regierung? So paradox es klingen mag: es könnte durchaus sein. Zumindest in naher Zukunft.

Erstaunlich war es, wie frei und ungezwungen - improvisiert, wie die Franzosen das mögen - man sich auf den Vorbereitungskonferenzen zum Gipfel in Potsdam über Themen unterhalten konnte, die man zuvor sorgfältig gemieden hatte. Darunter fällt das Problem der Nützlichkeit und der Verwendung von Nuklearwaffen und die Zweckmäßigkeit Europas, wobei die Frage: „Wozu Europa?“ im Vordergrund stand. Man stellt sich heute Europa anders vor, als noch vor dreißig oder vierzig Jahren. Damals ging es um Krieg oder Frieden. Kohl lebte immer noch in dieser Vorstellung. Aber er hatte wohl nicht gemerkt, daß er zusammen mit François Mitterrand den Schlußstrich unter diese Nachkriegszeit gesetzt hatte und damit zugleich seine Legitimation aufgegeben hatte. Wir kennen alle die Ansichten von

Schröder über die unbelastete deutsche Nachkriegsgeneration. Er überzieht das allerdings ein bißchen. Da sein Vater, wie auch der Vater Lafontaines, im Kriege gefallen war wußte er durchaus - wenn auch indirekt - daß er damit zu tun hatte. Außerdem kann man das Erbe der Väter nicht einfach über Bord werfen.

Nebenbei hat es eine Annäherung zwischen unseren beiden Ländern gegeben, indem Frankreich seine Mitschuld am Holocaust zugegeben hat. Das hat keine geringerer als Chirac vollzogen, als er die Mitschuld der Vichy-Regierung, und zwar des „französischen Staates“ an der Judendeportation und am Judenmord zugab. Der Papon-Prozeß hat zehn Jahre nach dem Barbie-Prozeß stattgefunden und das war der Prozeß der „Collaboration“, wie man ihn damals nannte, d.h. der Komplizenschaft zwischen vielen Franzosen und den Nazis. Dadurch wird der Dialog zwischen unseren beiden Staaten erleichtert. Es ist nicht mehr so, daß nur Deutsche auf der Anklagebank sitzen. Die Zeit der Schwarzweißmalerei ist vorbei. Man gestaltet also Europa unter gleichberechtigten Partnern. Aber wozu? Und wie soll es aussehen? Wie ein Europa der Vaterländer oder wie ein „Staat Europa“?

//

Unter De Gaulle, dem großen Verfechter eines „Europas der Vaterländer“, haben die Franzosen sich die nationalistischen Hörner abgestoßen. Es war die Zeit der nationalen Hybris, einer Kinderkrankheit, die alle irgendwann einmal durchmachen. Damals waren die Deutschen eher bereit, ihren Staat in ein föderales Europa zu verschmelzen. Sollte es jetzt aber umgekehrt sein? Sind die Franzosen eher bereit als die Deutschen Souveränitätsrechte aufzugeben?

Da der Vertrag von Amsterdam Verfassungsänderungen erforderte, hat es in Paris länger gedauert, bis man ihn ratifizierte, aber letztlich ist es geschehen. Die Europa-Gegner Philippe Seguin und Konsorten haben in der französischen Politik zum Glück nur noch wenig zu sagen, geschweige denn die Le Pens und sonstige De Villiers. Die Kommunisten müssen sich, wie in Deutschland, mit Europa abfinden. Während Frankreich also stärker denn je zu einem „Staat Europa“ neigt, distanzieren sich die Koalitionen

von Euroskeptikern und Markteuropäern in Deutschland davon, für die mit der Vollendung des Binnenmarktes und dem Umtausch der D-Mark in den Euro das Ende der Integrationsbemühungen erreicht ist. Man hat zurecht von einem Rollentausch zwischen Paris und Bonn gesprochen. In Maastricht hatten die Deutschen angeblich ihr Ziel nicht erreicht, ein politisches Europa gegen das monetäre Europa zu erhalten. Ich bezweifle allerdings, daß es wirklich so war, oder ob das nicht eine zweckmäßige Rechtfertigung im nachhinein ist. Denn Hans-Dietrich Genscher hatte sein politisches Dossier nicht sonderlich sorgfältig vorbereitet. Schon damals, kurz nach der deutschen Wiedervereinigung, wollte man sich die Tür für souveräne Entscheidungen offen lassen. Sechs Jahre später in Amsterdam war es Helmut Kohl, der in den entscheidenden Schlußverhandlungen die Annahme des Prinzips der Mehrheitsentscheidungen mit besonderer Berücksichtigung der Asylpolitik verhinderte. Helmut Kohl hatte sich vor den Bayern gebeugt, die die Abgabe der deutschen Entscheidungsgewalt in diesem Bereich gegen den Willen von Kinkel gestoppt hatten. Damit wurden Mehrheitsentscheidungen überhaupt verhindert. Das wurde von den anderen als eine Kursänderung der deutschen Europapolitik gedeutet. Aber ich bin der Meinung, daß der Streit darüber früher angefangen hatte. Bereits drei Jahre davor hatten die Franzosen versucht, die Schaffung eines „Außen- und Verteidigungsministers“ Europas durchzusetzen. So sollte er (oder sie) zwar nicht heißen und er (oder sie) sollte eigentlich dem Ministerrat unterworfen sein. Aber es ging darum, eine Persönlichkeit zu benennen, die Europa außen- und sicherheitspolitisch nach außen vertreten würde. Man nannte diesen hohen Repräsentanten „Monsieur Pesc“ oder „Madame Pesc“¹, auf deutsch: „Herrn oder Frau Gasp“ (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Der Widerstand dagegen kam vom deutschen Auswärtigen Amt. Ich erinnere mich an eine Pressekonferenz in einem Hotel im Taunus, wo der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sich strikt dagegen wehrte, einen Generalsekretär der EU zu benennen, der ebensoviel Vollmachten wie der Generalsekretär der NATO hätte. Es war mir klar, daß die Motive hier weit über

1 „Pesc“ ist die Abkürzung für: *Politique extérieure et de sécurité commune*.

die Frage der Flüchtlingskontingente ging. Es ging darum, daß Deutschland von den exzentrischen Engländern und von den verrückten Franzosen nicht in waghalsige Militärinterventionen hinein verwickelt werden wollte. Deutschland hatte die Freuden der vollen staatlichen Souveränität genießen gelernt und erlebte vierzig Jahre nach Frankreich seine Krise der nationalen Hybris.

Paris begann für die Stärkung der Institutionen zu kämpfen und gab ihnen den Vorrang vor der Erweiterung. Frankreich hatte immer ein starkes Europa mit schwachen Institutionen haben wollen. Nun wollte es die Institutionen „vertiefen“. Dagegen gab das Kinkel-Ministerium der Erweiterung den Vorrang. Die Deutschen steckten somit in einem dreifachen Widerspruch:

1. Sie behaupteten, die Stärkung zu wollen, aber sie forderten eine schnelle Erweiterung durch die Aufnahme der Staaten Mitteleuropas.
2. Sie wollten die Erweiterung, aber sie verlangten eine Senkung ihres Nettobeitrages. Dabei wissen alle, daß die Erweiterung Geld kosten wird.
3. Sie wollten die Senkung ihres Nettobeitrages, wollten aber die gemeinsame Agrarpolitik fortsetzen. Um das Bauernklientel der CDU/CSU zu schonen, machte sich insbesondere der deutsche Landwirtschaftsminister Jochen Borchert für die gemeinsame Agrarpolitik stark. Dabei verschlingt die Agrarpolitik die Hälfte der EU-Haushaltes.

///

Welche Motive mochten die Franzosen haben, um ein willens- und entscheidungsstarkes Europa zu wollen? Irgendwo stecken die Jakobiner mit ihrem Zentralismus und Voluntarismus immer noch in der französischen Politik. Aber sie sind der Meinung, daß im Wettbewerb der Kontinente in der globalen Welt von heute nur ein aktionsfähiges Europa überleben kann. Deshalb war auch das „monetäre Europa“ notwendig, um als Wirtschafts-

gent besser operieren zu können. Paris und London haben die diffusen Gefahren der neuen Ära, die die zentrale sowjetische Bedrohung abgelöst haben, deutlicher und früher als Deutschland erkannt. Kein Wunder: Deutschland hatte 40 Jahre lang, wie das Kaninchen auf die Schlange, gebannt auf die sowjetische Bedrohung geschaut. Diese Bedrohung war weg und Deutschland schickte sich an, in der Mitte Europas die Früchte des Friedens zu ernten. England und Frankreich hatten dagegen in den letzten 50 Jahren in allen Teilen der Welt an Konflikten teilgenommen und ihre Kolonialreiche verloren. Sie hatten eine „Antenne“ für die neuen Gefahren, die insbesondere eine geschlossenen Verteidigung erforderten, um etwa die Versorgungswege Europas zu schützen.

Frankreich hat seine Seestreitkräfte stark ausgebaut, um diesen Auftrag zu sichern. Nur in diesem Zusammenhang kann man den Konflikt über die Nominierung eines Amerikaners an der Spitze der Mittelmeerflotte der NATO begreifen. Es wird zwar nicht mehr an einen Ausstieg aus der NATO gedacht. Allerdings ist die Präsenz deutscher und französischer Truppen im Kosovo ohne amerikanische Soldaten an ihrer Seite, wie das in Bosnien der Fall war, ein Novum. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß bei aller Beschwörung der „Kontinuität“ es nunmehr Minister in der deutschen Regierung gibt, die früher den Austritt aus der NATO forderten. So z.B. Joschka Fischer und Oskar Lafontaine. Die Ablehnung der Nuklearstrategie des Erstschlages durch Fischer - und die Empfehlung dazu im rot-grünen Regierungsprogramm - kann als eine latente Distanzierung von den USA gesehen werden. Da man sich unter der Kohl-Regierung politisch nicht durchsetzen konnte, schlugen die Franzosen in Amsterdam die Bildung des „Euro-11“ vor, eines zunächst als Provisorium vorgesehenen Rates der elf Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion. Dieser Währungs- und Wirtschaftsrat sollte später, wenn alle 15, 23 oder 30 EU-Mitglieder zugleich Mitglieder der EWWU sein würden, einfach in den Europäischen Finanz- und Wirtschaftsrat eingehen. Die Idee dieses Gremiums löste heftige Proteste in Deutschland aus. Man beschuldigte Paris, ein Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank (EZB) aufbauen zu wollen, ja sogar die Stabilität des künftigen Euros durch etatistische und inflationistische Interventionen in Fragen zu stellen und monetären Dirigismus mit in-

flationistischen Folgen schaffen zu wollen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieser Club sehr gut funktioniert. Er besteht ausschließlich aus den Finanz- und Wirtschaftsministern mit jeweils einem einzigen Mitarbeiter. Man hat auch darauf verzichtet, ein Generalsekretariat des Euro-Clubs zu gründen, das zu seiner Existenzrechtfertigung unnötig Texte produzieren würde. Ein Vertreter der Kommission ist dabei als Zuhörer anwesend. Von Brüssel ist dieser Rat jedoch unabhängig. Zwar hat dieser Finanz- und Wirtschaftsrat des Euros keinen juristischen Status und wird auch als Provisorium betrachtet. Paris hegt allerdings vielleicht doch die Absicht, daraus eine endgültige Struktur zu machen, aus der die Euro-Repräsentanz hervorgehen könnte. Die Frage ist die eventuelle Doppelgleichzeitigkeit mit der Kommission, die bei den G7 z.B. anwesend ist. Es ist allerdings deutlich, daß die Franzosen damit eine Struktur schaffen wollen, die den fortgeschrittenen EU-Staaten eine schnellere gemeinsame Reaktionsfähigkeit auf die weltweiten Krisen ermöglichen würde. Obwohl dieses Gremium keine offizielle rechtliche Existenz besitzt, wird es lange währen, denn es kann viel Zeit vergehen, bis das letzte EU-Mitglied auch EWWU-Mitglied wird. Zur Entlastung der deutschen Seite sollte man allerdings auch erwähnen, daß sie diese Neugründung zu einer Zeit kritisierte, als in Deutschland der Euroskeptizismus sehr stark verbreitet war, weil die Deutschen ihre geliebte D-Mark nicht gerne aufgeben wollten. Inzwischen ist auch in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung für den Euro, zumal die gemeinsame Währung sich in der weltweiten Krise noch vor ihrer Gründung als Stabilitätsfaktor erwiesen hatte.

Die „Chemie“ zwischen Paris und Bonn stimmte auch seit der Pensionierung und dem Tode von Mitterrand nicht mehr. Die Beziehungen waren ausgezehrt. Die Streitigkeiten eskalierten in der Duisenberg-Querele, als Chirac während eines nächtlichen Verhandlungsmarathons in Brüssel Ende April 1998 versuchte, den Gouverneur der Bank von Frankreich, Jean-Claude Trichet, gegen Tietmeyers und Waigel Kandidaten, den Niederländer Wim Duisenberg, durchzusetzen. Das war die Revanche gegen Kohl für die Bremsstrategie des Kanzlers auf dem Gipfel von Amsterdam. Chirac hatte die Methode von Frau Thatcher, der von Kohl meist gehaßten Person, angewandt, um dem Kanzler das Leben unmöglich zu machen. Der

darauffolgende deutsch-französische Avignon-Gipfel Anfang Mai 1998 war von diesem Streit überschattet. Man machte gute Miene zum bösen Spiel und verabschiedete einen gemeinsamen deutsch-französischen Brief, der dem EU-Ratsvorsitzenden Tony Blair den Wunsch nach einem Europa der Subsidiarität vortrug. Nichts konnte dem Engländer besser gefallen, als ein dezentralisiertes Europa, wo die meisten Probleme auf nationaler bzw. regionaler Ebene geregelt werden sollten. Das Projekt klang gut, denn es fügte sich wunderbar in die Vorstellung Kohls von einem Europa der Bürger, einem Europa zum Anfassen. Aber es bedeutete auch, Europa nach unten zu delegieren und damit war es ein zweischneidiges Projekt. Dieses Europa der Nationen und der Regionen, wovon Edmund Stoiber träumt, wird immer der Gefahr der Sezession und der Auflösung ausgesetzt sein.

IV

Mit der neuen Regierung Schröder-Fischer-Lafontaine scheinen diese Probleme weitgehend vom Tisch zu sein.

1. Strauss-Kahn und Lafontaine haben sich weitgehend über die Existenz dieses Euro-11 geeinigt. Aus ihm soll sogar ein Repräsentant der Euro-Zone hervorgehen, der jeweils dem Staat angehören wird, der turnusmäßig gerade die Präsidentschaft des EU-Ministerrates innehat. Dieser „Außenfinanz- und Wirtschaftsminister“ der EU wird z.B. bei den G7-Sitzungen dabei sein. Die Frage seiner Koexistenz mit der EU-Kommission, die ebenfalls bei den G7 dabei ist, bleibt zur Zeit noch ungelöst.
2. Die Regierung Schröder hat auch den Widerstand gegen einen hohen Repräsentanten der Außen- und Sicherheitspolitik der Union aufgegeben. Der Außenminister Fischer ist sogar dafür. Er sagte nur, daß der hohe Repräsentant nicht „Generalsekretär“ heißen soll, weil dieser Titel belastet sei. Wahrscheinlich denkt er an Stalin und Honecker. Es müsse auch, so sagte er uns, eine Persönlichkeit sein, die über

alles erhaben ist und keine egoistischen nationalen Interessen vertrete.

3. Die sozialistische Regierung in Bonn ist natürlich auf derselben Wellenlänge wie die anderen 13 gleichgesinnten Regierungen in Europa und willigt in das Projekt von Lionel Jospin einer gemeinsamen europäischen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch koordinierte Maßnahmen und eventuelle Ausgaben ein. Man erinnere sich, daß diese Vorstellung der sozialistischen Regierung in Paris auf dem deutsch-französischen Gipfel in Poitiers im Mai 1997 fast einen Streit zwischen Jospin und Kohl ausgelöst hatte. In Amsterdam gaben die Deutschen dann etwas nach, allerdings unter der Bedingung, daß sie dafür keine neuen Kredite aufwenden würden. Eine Finanzierung der europäischen Arbeitsmarktpolitik ist allerdings noch nicht gefunden. Der Vorschlag einer Europa-Anleihe von Jospin ist in Deutschland wenig beliebt.
4. Einen Tag nach dem deutsch-französischen Gipfel in Potsdam am 2. Dezember 1998 schlug Gerhard Schröder vor, die Mehrheitsentscheidungsregel im EU-Ministerrat insbesondere in der Fiskalpolitik zu praktizieren. Dabei denkt der deutsche Regierungschef an die Unternehmens- und Kapitalbesteuerung, nicht an die Einkommenssteuern. Es sind aber gerade die Einkommenssteuern, die harmonisiert werden sollten, da sie in Deutschland wesentlich höher als in den meisten anderen Staaten insbesondere in Frankreich sind (die Einkommen und Löhne sind im Durchschnitt in Deutschland um 27% Höher als in Frankreich aber dieser Vorsprung wird durch die höhere Lohn- und Einkommenssteuer auf 8% reduziert). Dafür ist die Mehrwertsteuer in den meisten anderen Staaten höher als in Deutschland. Die Engländer haben diesem Vorschlag von Mehrheitsentscheidungen in Sachen Unternehmensbesteuerung energisch widersetzt. Es ist aus ihrer Sicht ganz klar, daß die Deutschen die Benachteiligung ihrer Unternehmen, die hohe Fiskal- und Soziallasten tragen müssen, wettmachen wollen.

5. Eine Annäherung findet auch in Sachen Verteidigung statt. Seitdem die Engländer ihre Vorbehalte gegen die Westeuropa Union (WEU) vor kurzem aufgegeben haben, wird es möglich sein, daß WEU und EU identisch werden. Damit wird die EU ihre eigene militärische Organisation mit einem Parlament haben, statt sich auf operative Strukturen wie Eurocorps und bi- oder trinationale Brigaden beschränken zu müssen. Dies wurde in Potsdam zwischen Chirac und Schröder ausgehandelt. Allerdings bleibt die europäische Verteidigung intergouvernemental. Es kommt nicht in Frage, daß die Kommission oder die WEU bewaffnete Interventionen beschließen oder strategische Pläne ausarbeiten. Zu diesem Zweck werden, wie schon seit Jahren angestrebt, die Wehrindustrien zusammen gefaßt. Schwierigstes und wichtigstes Projekt ist zur Zeit die Europäische Aerospace and Defense Company (EADC), die wahrscheinlich zunächst die British Aerospace und die DASA in eine Gesellschaft fusionieren soll, der später die französische Aérospatiale beitreten könnte. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, seine Anteilsmehrheit in der Aérospatiale zu privatisieren, wenn ein vertretbares industrielles Projekt steht. Diese Einrichtung der europäischen Luft- und Raumfahrt soll auch Zivilflugzeuge produzieren.
6. In Sachen Erweiterung haben sich scheinbar oder anscheinend die Standpunkte der Franzosen und der neuen Regierung angenähert, zumal es jetzt Konsens ist, daß die Erweiterung nicht mehr im Jahre 2000 stattfinden wird, sondern später. Man hat sich darüber insoweit geeinigt, als die Beitrittsverhandlungen mit jedem einzelnen Land im Osten geführt werden und daß es zwei Wellen der Beitritte geben wird. Das ist eine Konzession an die Deutschen. Die Franzosen wollten alle sofort haben, mitsamt Rumänen und Bulgaren. Aber es wird eben nur zwei Beitrittswellen und nicht drei geben. Dennoch müssen die finanziellen Fragen und die institutionellen Fragen, die schließlich damit zusammenhängen, vorher geregelt werden müssen.
7. Mit der neuen Regierung in Bonn haben sich die gemeinsamen Schnittstellen (Interface) zur französischen Regierung in Paris vermehrt. Die deutsch-französischen Konsultationen in Potsdam bade-

ten ganz im diesem neuen Politklima. Mit den Sozialisten wird es wahrscheinlich schwieriger sein, ein Europa der Subsidiarität zu machen. Bereits das Projekt der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf europäischer Ebene wird eine Rezentralisierung bewirken.

Das beunruhigt natürlich die Wirtschaft. Am 25. November fand in Paris ein Treffen der franz. und der dt. Arbeitnehmerverbände, MEDEF und BDI. Sie haben ihre Sorge bez. des Wiederaufblühens des Keynesianismus in Europa in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum Ausdruck gebracht. Dieses dreiseitige Dokument faßt deren Kernforderungen kurz vor dem europäischen Gipfel in Wien am 11. und 12. Dezember und einige Wochen vor der Geburt des Euros. Es unterstreicht u. a. die Notwendigkeit, die Defizite der öffentlichen Haushalte in einer internationalen Umwelt zu reduzieren, in welcher der Wettbewerb immer schärfer wird. Wir sind beide überzeugt, daß „die Lösung nicht der Staat ist, sondern daß das wirkliche Problem der Staat ist“, äußerten Hans-Olaf Henkel und Ernest-Antoine Seillière vor der Presse in Paris. „Jede Politik, die anstrebt, die Konjunktur kurzfristig und künstlich zu unterstützen, statt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Anpassung des öffentlichen Sektors zu fördern, verstößt ganz klar gegen die Forderungen des Stabilitätspaktes“, sagt der gemeinsame Text. Das Auftreten einer „keynesianischen Achse in Europa, die den Euro aufzuweichen versucht, beunruhigt mich“, sagte Hans-Olaf Henkel. Beide sind in Sorge „über die Pressionen im Europäischen Rat zugunsten einer Steigerung der öffentlichen Ausgaben auf der Grundlage von keynesianischen Schemata aus der Vergangenheit“. Beide sind für einen Dialog mit der Zentralbank aber unter Berücksichtigung der notwendigen Diskretion. Sie sind gegen Zielzonen für die Wechselraten der großen Währungen, wie sie insbesondere Oskar Lafontaine empfohlen hat. Sie erklärten sich gegen die Ökosteuer und unterstützen die Atomindustrie, insbesondere weil die EU „ein echtes Problem mit ihrer relativen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt hat“.

8. Eine Teil-Renationalisierung der Landwirtschaft ist ein weiteres Problem, das auf die EU zukommt. Jacques Chirac ist dagegen und lehnt den deutschen Vorschlag der „Ko-Finanzierung“ entschieden ab, d.h. der Mitfinanzierung - zu einem Viertel - der Exportsubventionen und der Preisunterstützungen für die Bauern durch die Staaten selbst. Die Jospin-Regierung wäre eher bereit, dieses zu akzeptieren. Aber sie muß Bauernaufstände befürchten, die das Wohlwollen des Staatspräsidenten auf ihrer Seite hätten. Aber die Bauern gehören nicht dem Klientel der sozialistischen Parteien an und es ist wahrscheinlich, daß ein bißchen Kofinanzierung auf die Dauer stattfinden wird, wie das übrigens - auch für die Industrie - der Fall in Bayern und in Baden-Württemberg ist. Denn der Beitritt der polnischen Landwirtschaft etwa würde zu viel Geld kosten, sollten sie in die gemeinsame Agrarpolitik aufgenommen werden. Damit ist die Frage des deutschen Nettobeitrages verbunden. Die Franzosen haben im Oktober 1998 mit einem Vorschlag überrascht, auch über den Agrarhaushalt zu reden, vorausgesetzt alle legen alle Ausgaben wie Struktur- und Kohäsionsfonds auf den Tisch, um sie zu kürzen.
9. Last but not least: die Kultur. Ein wichtiges Moment des Jahres 1999 wird Weimar als Kulturhauptstadt Europas und die Gründung der deutsch-französischen Universität sein, die beim letzten Weimarer Gipfel beschlossen wurde und in Metz ihren Sitz haben wird. Es ist vorgesehen, daß eine große Tagung 1999 in Metz stattfindet und daß dort eine Liste von deutschen und französischen Absolventen, die binationale Diplome haben, den Unternehmen beider Länder unterbreitet wird. Das wird offensichtlich immer wieder geschehen. Der französische Botschafter in Bonn hat an 50 Vorstandsvorsitzende seines Landes geschrieben, um sie auf diesen großen Markt qualifizierter Arbeitskräfte aufmerksam zu machen. Man wird auch in diesem Zusammenhang über ein neues Handbuch zum Unterricht beider Sprachen reden.

V

Wird die deutsche Präsidentschaft im ersten halben Jahr 1999 die klassischen deutsch-französischen Initiativen durchsetzen können, die den europäischen Motor immer in Gang gebracht haben? Es ist notwendig jedenfalls, daß die oben erwähnten Fragen, die unter der Rubrik Agenda 2000 und die mittelfristige Finanzierung des EU-Haushaltes bis zum Jahre 2006 geregelt werden. Frankreich wird erst im zweiten Teil des Jahres 2000 haben und wichtige Entscheidungen können nur von großen Staaten vorbereitet werden, die das politische Gewicht und den Beamtenapparat dafür haben.

Die deutsch-französische Maschine läuft gut. Man wird über die Institutionen der Kooperation reden. Ist das deutsch-französische Komitee von André Bord und Manfred Rommel ausreichend? Ist es notwendig, bei den deutsch-französischen halbjährlichen Konsultationen den Verteidigungsrat einzuberufen, da er sowieso zwischendurch mehrmals tagt? Daraus ergibt sich vielleicht die Aussicht auf eine Umorganisation dieser Gipfel, die einen feierlichen Routinecharakter angenommen haben. In diesem Zusammenhang ist der französische Vorschlag eines Generalsekretariats der Beziehungen zu sehen.

Die offenen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland sind noch zahlreich, sie werden aber wohl weniger „Krisen“ als in der Vergangenheit produzieren. Übrigens sind diese von den Medien immer hochgespielten europäischen oder deutsch-französischen Krisen immer wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Man sagte sich letzten Endes immer: „Setzen wir uns doch an einen Tisch und reden wir darüber“. Und das Problem wurde geregelt. In einem Interview im April dieses Jahres sagte mir Joschka Fischer, daß Schröder offensichtlich (damals noch) nicht verstanden hat(te), daß die Achse Deutschland-Frankreich existentieller als die Triade Deutschland-England-Frankreich sei. Ich hoffe, daß er zu seinem Wort stehen wird und sich trotz seiner bemerkenswerten äußeren Verwandlung als Minister nicht anders als zu der Zeit, als er nur Abgeordneter war, zu uns (Journalisten einbegriffen) verhalten wird. Seine „grüne“ französische Kollegin hat ihm in Bonn im September 1998 ein Kooperationsangebot

gemacht und der Geist vom Mai 1968 - durch Daniel Cohn-Bendit verkörpert - ist ihnen gemeinsam. Wir müssen allerdings hoffen, daß es dabei zu keinen Exzessen (insbesondere, was unsere gemeinsame Sicherheit nach innen und außen betrifft) kommt und daß die Verbürgerlichung durch das Amt und die Bremse der Sozialisten und Sozialdemokraten funktionieren wird. Aber vor allem bin ich davon überzeugt, daß die Fischer-Grünen noch frankophiler und europäischer als die SPD sein werden. Sie denken doch eher supranational. Und gibt es für sie einen schöneren multikulturellen Bundesstaat der Zukunft als unser Europa? Es ist ganz klar, daß Helmut Kohl, der im Ausland und besonders in Frankreich weit populärer als in Deutschland war, eine große Lücke in Europa hinterlassen wird. Paris, vor allem seine Freunde Delors und sein ehemaliger Gegner Giscard d'Estaing, wollten ihn gerne als Nachfolger von Jacques Santer gesehen. Schließlich wird die Gründung der Europäischen Währungsunion ein später Sieg Kohls über Schröder sein. Aber daß einige Mitglieder der alten Regierung weg sind, wird für Paris eher eine Erleichterung zeitigen, denn es ist gewiß nicht Frankreichs Schuld, wenn Europa heute sicherheits- und außenpolitisch noch nicht mit einer Stimme spricht. Frankreichs Position hat sich damit verbessert, zumal die - angeblich - französische Theorie einer „Festung Europa“ bzw. eines starken Europas mit der Festigkeit der Euro-Zone angesichts der asiatischen und russischen Krise im Jahre 1998 eine Bestätigung erhalten hat. Die Franzosen benutzten nach der Wahl von Schröder natürlich die Gunst der Stunde, um sich bei den Deutschen unentbehrlich zu machen. Das war aber auch ohne Hinterlist, zumal eine ideologische Wahlverwandschaft zwischen beiden Regierungen besteht. Ebenso klar war es, daß die Engländer diese Chance nicht wahrgenommen hatten und, kühl und vornehm wie sie sind, trotz der Annäherungsversuche von Schröder auf Distanz blieben. Die französische Seite will der neuen deutschen Regierung helfen, sich zurechtzufinden und auch eine konstruktive Präsidentschaft der EU zu bewerkstelligen. Man sollte aber nicht in Euphorie verfallen und die neue deutsche Regierung mit allzu großen Erwartungen überfordern. Trotz aller erfreulichen Gesten Schröders gegenüber Paris, ist die Präferenz des Niedersachsen für die Angelsachsen eine Tatsache. Generell nehmen die deutschen Politiker Frankreich nicht ernst genug. Mit ein paar Floskeln las-

sen sich die Franzosen nicht abservieren. Die Umorientierung der deutschen Wirtschaft in Richtung des Wunderknaben Blair ist dafür zu eindeutig. Hat VW nicht Rolls-Royce erstanden? Die Frankfurter Börse ein Abkommen mit der Londoner Börse geschlossen und die Pariser Börse davon ausgeschlossen? Träumt die DASA nicht von einer Fusion mit der British Aerospace ohne die französische Aérospatiale? Darüber hinaus kauft Daimler-Benz Chrysler und die Deutsche Bank sucht sich eine Filiale in Amerika. Dabei verblaßt doch das angebliche englische Wirtschaftswunder, während in den USA nicht alles beim Besten bestellt ist.

VI

Es hat Diskussionen gegeben, als der französische Premierminister Edouard Balladur einmal vorschlug, den Elysée-Vertrag aus dem Jahre 1962 neu zu fassen. Kohl war gegen einen neuen Vertrag gewesen (wohl aus Treue zu Adenauer) und alle denken heute, daß dieser Text in Marmor gehauen ist und ebenso unantastbar wie der Dekalog sein soll. Es waren wieder übereifrige Gedanken dieser Art in der neuen deutschen Regierung Schröder-Fischer aufgetaucht. Sie sind inzwischen nicht mehr aktuell. Der Elysée-Vertrag De Gaulle - Adenauer bedarf zwar einer Modernisierung. Die Franzosen sind damit einverstanden, daß man einen Zusatz zu dem Vertrag verfaßt. Übrigens sind bereits zwei Ergänzungen angenommen worden, 1987, als der deutsch-französische Verteidigungsrat gegründet wurde, und 1988 als der Finanz- und Wirtschaftsrat (Eco-Fin-Rat) ins Leben gerufen wurde. Damals hatten die Deutschen Widerstand geleistet, insbesondere die Bundesbank, die die Franzosen verdächtigte, in die Währungsangelegenheiten eingreifen zu wollen. Schließlich funktioniert dieser Rat sehr gut, zumindest zwischen Deutschland und Frankreich. Die Bundesbanker sind sehr froh, dort neben den Finanzministern aufzutreten. In der Zwischenzeit ist der Euroclub mit 11 Mitgliedern, wie gesagt, dazu gekommen. Es ist wahrscheinlich, daß dadurch das Gewicht des Ministerrates als Vertreter der Union nach außen und die Schaffung eines „Herr Euro“, der wahrscheinlich Oskar Lafontaine sein wird, zuungunsten der Kommis-

sion gestärkt wird. Der Maastrichter Vertrag hat zwar sichergestellt, daß die Kommission darin involviert sein wird. Aber wie?

Es ist klar, daß man sich damit einerseits in Richtung eines „Staates Europa“ bewegt, aber auch andererseits weg vom „Bundesstaat Europa“ mit perfekten demokratischen Strukturen, mit Gesetzesinitiative, Vertrauensfrage an eine gewählte Regierung usw. Dies wollte auch die Regierung Kohl nicht mehr. Kohl wollte nichts mehr von den „Vereinigten Staaten Europas“ hören. So hieß Europa „Union“, wie die CDU/CSU. Aber in den Diskussionen mit Fischer und Schröder im Herbst 1998 war man sich darüber einig, daß Europa keine Freihandelszone sein solle. Irgendwann wird es doch notwendig werden, eine europäische „Verfassung“ zu redigieren und zu verabschieden. Vielleicht wird sie „Grundgesetz“, vielleicht nur „Erklärung“ heißen. Aber ohne politische Einheit kann das neue und in der Geschichte einmalige Gebilde Europa nicht funktionieren. Was es uns inzwischen gebracht hat, ist bedeutungsvoll. Wir haben vor allem, besonders in Deutschland, „in Kontinenten zu denken“. Wir haben zwischen Deutschland und Frankreich eine einzigartige Versöhnungs- und Freundschaftsgemeinschaft gebildet und an ein bisher unbekanntes politisches Gebilde Europa verankert. Wenn man von den Worten des Franzosen Jacques Rueff ausgeht, daß der Staat aus der Währung und der Verteidigung besteht, ist Europa schon ein Staat aber auch etwas mehr, sagen wir einmal eine Familie, deren Grundlage die deutsch-französische Ehe ist. Diese Vorstellung tauchte zum ersten Mal in Vercors Buch „Das Schweigen des Meeres“ auf, 1942 geschrieben. Da sagt der deutsche Offizier den Franzosen, bei denen er einquartiert worden ist: „On va nous unir comme mari et femme“, „Man wird uns wie Mann und Frau vereinen“. Und da bei Hochzeiten immer Freude herrscht, können wir am Ende dieses grausamen und blutrünstigen 20. Jahrhunderts sagen, daß wir Grund haben, glücklich zu sein.

Arto Mansala

Arto Mansala, geboren 1941, Botschafter der Republik Finnland in Deutschland (seit September 1996); 1967-1974 verschiedene Tätigkeiten im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Attaché und Botschaftssekretär in der Botschaft in Oslo und in Moskau; 1974-1976 Botschaftsrat in Moskau; 1976-1979 Leiter des Referats für Planung und Forschung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; 1979-1980 Leiter des Referats für Osteuropa im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; 1980-1981 Harvard Fellow am Center for International Affairs; 1983-1985 Leiter des Referats für allgemeine politische Fragen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; 1985-1989 Botschafter in Budapest; 1989-1992 Botschafter in Peking; 1993-1996 Botschafter in Moskau.

Finnland, Deutschland und der EU-Vorsitz

Im Laufe der Geschichte war es das Los Finnlands, sich an der Nahtstelle zwischen Ost und West, zwischen Skandinavien und Rußland, zu befinden. Heute ist Finnland als Mitglied der Europäischen Union Teil der Integration Europas und befindet sich nicht mehr an seiner Peripherie.

Beinahe siebenhundert Jahre lang war Finnland Teil des Schwedischen Königreichs. Aus dieser Zeit stammen weitgehend die für die finnische Gesellschaft auch heute typischen Züge, das politische System, die Judikatur und Religion - zunächst die katholische und später - nach der Reformation - die evangelisch-lutherische. Finnland ist heute noch ein von Martin Luther geprägtes Land. Als östliche Reichshälfte des schwedischen Königreichs wurde Finnland seit dem 12. Jahrhundert auch Bestandteil des westlichen

Kulturkreises. Durch Schweden wurde Finnland gleichzeitig Teil desselben Nordens, wie auch Dänemark, Norwegen und Island.

Nach der im 18. Jahrhundert eingeleiteten Schwächung der Großmachtstellung Schwedens und dem verlorenen Krieg wurde Finnland während der napoleonischen Kriege im Jahre 1809 durch das Einvernehmen zwischen den Kaisern Napoleon und Alexander I. autonomes Großfürstentum des Russischen Kaiserreichs. Gleichzeitig wurde der russisch-orthodoxe Zar Großfürst des evangelisch-lutherischen Finnlands.

Als Finnland zu Schweden gehörte, war es eine der Provinzen Schwedens. In der Zeit als Großfürstentum Rußlands bildete Finnland eine autonome staatliche Einheit. Gut hundert Jahre lang konnte Finnland seine Autonomie unangetastet beibehalten und sich in Richtung endgültiger Unabhängigkeit entwickeln.

Als Folge des Ersten Weltkriegs und der russischen Revolution wurde Finnland vor gut achtzig Jahren im Dezember 1917 unabhängig. Somit war Finnland einer der vielen kleinen europäischen Staaten, für die die Umwälzungen zu Beginn unseres Jahrhunderts den äußeren Rahmen für die Unabhängigkeit schufen.

Deutschland ist neben Schweden und Rußland der dritte Staat gewesen, der großen Einfluß auf den Verlauf der Geschichte unseres Landes gehabt hat. In Verbindung mit der Geschichte Finnlands in diesem Jahrhundert wird oft von dem sogenannten "Schicksalsdreieck" gesprochen, das Schweden, Rußland und Deutschland bildeten. Die Beziehungen zwischen Finnland und Deutschland im Bereich der Wissenschaft, Kultur und des Handels bestehen seit Jahrhunderten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielsweise an die Hanse und an die acht finnischen Studenten von Luther und Melanchton in Wittenberg.

Die offiziellen staatlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern bestehen beinahe ebenso lang wie die Unabhängigkeit unseres Landes und damit gut 80 Jahre. Der Einfluß Deutschlands auf Finnland war am stärksten während der großen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts. Das kaiserliche Deutschland spielte zur Zeit des Ersten Weltkriegs im Unabhängigkeits-

prozeß Finnlands eine wichtige Rolle. Zentralen Einfluß von außen hatten damals aus finnischer Sicht Kaiser Wilhelm II. und Lenin.

Die Teilnahme Finnlands am Zweiten Weltkrieg - zunächst allein gegen die übermächtige Sowjetarmee im Winterkrieg 1939-1940 und in den Jahren 1941-1944 an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion - ist auch heute in Deutschland relativ bekannt. Vergessen ist jedoch, daß Finnland im Jahre 1918 einen Deutschen zu seinem König wählte. Der Gewählte war der Schwager von Kaiser Wilhelm II., Prinz Friedrich Karl von Hessen. Allerdings gelangte er nie nach Finnland, sondern mußte Ende 1918 - vor genau 80 Jahren - wegen der Niederlage Deutschlands auf den ihm angebotenen Thron verzichten.

Während des Dritten Reiches wurde der Hitler-Stalin-Pakt geschlossen, durch den - wie auch seinerzeit im Einvernehmen zwischen Napoleon und Alexander I. - Finnland der Einflußsphäre Rußlands zugesprochen wurde. Dadurch geriet unser Land schließlich notgedrungen in den Krieg.

Während des Kalten Krieges und der Spaltung Deutschlands mußte Finnland einen Seiltanz zwischen zwei Militärbündnissen und zwei deutschen Staaten vollbringen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung Deutschlands wurde Finnland schließlich Mitglied der Europäischen Union.

Die letzten zehn Jahre haben die Bedeutung Deutschlands für Finnland gestärkt, und dies ist nicht nur im Zusammenhang gemeinsamer EU-Mitgliedschaft zu sehen. In der Zeit des Kalten Krieges stieg die Bundesrepublik Deutschland bereits zu einem der größten Handelspartner unseres Landes auf. Nach den Umwälzungen in Europa hat Deutschland sowohl beim Export als auch beim Import in Finnland den ersten Rang inne.

Die Unabhängigkeit Finnlands und sein politisches System waren während der 80-jährigen Existenz des Staates Finnland oft ernsthaft gefährdet. Dies war insbesondere in der Zeit der Umwälzungen auf unserem Kontinent der Fall. Die Tatsache, daß Finnland so gut damit zurecht gekommen ist, ist nicht nur für Finnland selbst, sondern auch allgemein betrachtet für kleine Staaten Europas bemerkenswert.

Die wichtigste Erkenntnis Finnlands aus den ersten acht Jahrzehnten seiner Unabhängigkeit ist, daß kleine Länder nicht notwendigerweise stets bloße Schachfiguren auf den Spielbrettern der Großmächte oder passive Untergebene ihrer jeweiligen Wünsche sein müssen. Das Beispiel Finnlands zeigt, daß auch ein kleiner Staat seines „Glückes Schmied“ sein kann und Einfluß auf sein Schicksal ausüben sowie seine als lebensnotwendig angesehenen Interessen wahrnehmen kann. Dies ist ermutigend. Leicht war es jedoch nicht, und zeitweise verlangte dies auch große Opfer.

In der Nachkriegszeit haben wir uns stets bemüht, mit den europäischen Integrationsbestrebungen Schritt zu halten. Seit 1961 gehörten wir der kleineren europäischen Freihandelszone, der Freihandelsassoziation EFTA an, seit 1974 hatten wir ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und waren seit 1994 Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes. Am 1. Januar 1995 traten wir der Europäischen Union bei.

Dadurch war der Sprung in die EU für Finnland nicht groß. Unsere Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum entsprach schon fast einer wirtschaftlichen Vollmitgliedschaft in der EU, war jedoch mit sehr geringem Einfluß auf die Beschlüsse verbunden. Daß unsere Beitrittsverhandlungen nur ein Jahr und fünf Monate dauerten, war kein Zufall. Es muß wahrscheinlich davon ausgegangen werden, daß die nun aktuelle Osterweiterung etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen wird.

In den Jahren des Kalten Krieges haben wir unsere Interessen durch eine aktive Neutralitätspolitik wahrgenommen. Zu jener Zeit hatten wir zwei Referenzgruppen auf den internationalen Foren: Zum einen gehörten wir mit Schweden, Norwegen, Dänemark und Island den nordischen Ländern an. Zum anderen gehörten wir mit Schweden, der Schweiz und Österreich zu den neutralen Staaten Europas. Heute ist unsere Referenzgruppe vor allem die Europäische Union, wobei wir die nordischen Länder nicht vergessen.

Aus diesen Ausführungen läßt sich ersehen, daß der Beitritt in die EU für uns ein natürlicher und auch folgerichtiger Schritt war. Wir Finnen wußten bei unserer Entscheidung, was uns in der EU erwarten würde. Die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft wurden vor dem Beitritt gründlich erörtert. Es

ist kein Geheimnis, daß die beinahe 1300 Kilometer lange Grenze zu Rußland den Beschluß vieler Finnen beeinflußt hat. Daß die Landwirtschaft vor großen Umwälzungen stand, wußten wir ebenso. Allerdings hätte Vieles auch ohne die Mitgliedschaft in der EU geändert werden müssen.

Ein zentraler Beweggrund für unseren EU-Beitritt war es, daß wir uns an den Entscheidungen über unser gemeinsames Europa beteiligen wollten. Wir wollten die Union nicht allein nach unseren Vorstellungen ändern. Dies wäre zu hoch gegriffen gewesen. Durch gute Argumente und sorgfältige Vorbereitung wollten wir jedoch die Entwicklung beeinflussen. Unsere bisherige Erfahrung zeigt, daß ein kleines Land in der Union viel mehr erreichen kann, als gemeinhin vermutet wird.

Im April diesen Jahres beschloß unser Parlament mit überwältigender Mehrheit, daß Finnland an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen wird. Wir werden am 1. Januar 1999 das einzige nordische Land sein, das den Euro einführt. In das sechsköpfige Direktorium der Europäischen Zentralbank wurde auch ein finnisches Mitglied gewählt.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung in elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist ein Sieg des Optimismus. Das Entstehen des Euro-Währungsgebiets zeigt unwiderlegbar, daß die Sicherung der Stabilität und des Wohlstandes in Europa eine Frage der Politik und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist. Die Einführung des Euro führt nicht zu einem Bröckeln der Fundamente des Nationalstaates, sondern zeigt vielmehr die politische Willensstärke der Nationen in einer Welt globalisierter Märkte.

Das Entstehen des Euro-Währungsgebiets ist nicht länger Spekulation. Es wird bereits in die Praxis umgesetzt und wirkt sich schon jetzt sehr positiv auf die finnische Volkswirtschaft aus. Trotz der Zunahme der Unsicherheitsfaktoren der Weltwirtschaft - insbesondere der Schwierigkeiten in Rußland - ist die finnische Währung stabil geblieben. Hier zeigt sich bereits ein deutlicher Unterschied zu den Währungen unserer nordischen Nachbarländer, wie Schweden, das nicht an dem Euro-Währungsgebiet teilnimmt, und Norwegen, wo sich die Bürger vor vier Jahren in einer Volksabstimmung gegen eine EU-Mitgliedschaft aussprachen.

Die historische Bedeutung des Euro ist dennoch nicht nur auf seine unumstrittenen wirtschaftlichen Vorteile einzugrenzen. Die Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet auch einen erfolgreichen Durchbruch in der politischen Zusammenarbeit Europas. Sie verbindet Völker und Staaten durch eine friedliche Zusammenarbeit, von der europäische Staatsoberhäupter oder Politiker früher wohl nicht einmal zu träumen wagten.

Damit der Euro zu einer Morgengabe für das neue Jahrtausend unseres Kontinents wird, muß die europäische Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Ich glaube, daß die Deutschen und Finnen eine gemeinsame Melodie auch bezüglich dieser Herausforderung gefunden haben. Unsere beiden Länder sehen es als eine wichtige Aufgabe an, daß sich die Europäische Union bereits im nächsten Jahrzehnt in Richtung östliches Mitteleuropa erweitert und die Europäische Union mit Rußland eine, beiden Parteien nutzbringende Beziehung der Zusammenarbeit weiterentwickelt. Was Rußland betrifft, sind Finnland und Deutschland „Frontline-Länder“.

Der Beginn des EU-Erweiterungsprozesses und die Teilnahme Polens und Estlands an den eigentlichen Beitrittsverhandlungen wirken sich bereits jetzt positiv auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum aus. Die Europäische Union gewährt allen Beitrittsanwärtern erhebliche Unterstützung und intensiviert zugleich mit Hilfe des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens die Zusammenarbeit mit Rußland.

Die Spielregeln und Ziele der Union sind zu Landmarken geworden, um die herum politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit gebaut wird. Besonders gut sind die Aussichten auf Wirtschaftswachstum im Ostseeraum. Deutschland und Finnland schätzen gleichermaßen die Sicherheit, die die Anbindung an die Europäische Union im Ostseeraum mit sich bringt.

Die Initiative Finnlands eine nördliche Dimension der Europäischen Union entstehen zu lassen, zielt auf die Definition der Interessen und Ziele der gesamten Europäischen Union in den nördlichen Regionen ab. Dieses Gebiet beinhaltet große Möglichkeiten, etwa die Nutzung der hier vorhandenen Energieressourcen. Aber auch Gefahren, wie Umweltzerstörung und mangelhafte Nuklearsicherheit dürfen nicht vernachlässigt werden.

Es ist nur natürlich, daß die Europäische Union als wichtigster politischer Akteur unseres Kontinents die Initiative zur Entwicklung der zwischen den Staaten der nördlichen Regionen erforderlichen Zusammenarbeit ergreift. Der in Gang kommende Erweiterungsprozeß und die Entwicklungen in Rußland verleihen der nördlichen Dimension noch zusätzliche Aktualität. Deutschland hat der Entwicklung der nördlichen Dimension seine volle Unterstützung zugesagt und Finnland wird seinerseits in dieser Angelegenheit die enge Zusammenarbeit mit Deutschland fortsetzen.

Das kommende Jahr wird für unsere beiden Länder außergewöhnlich sein. Deutschland führt in der ersten Jahreshälfte den EU-Vorsitz, Finnland in der zweiten. In diesen Zeitraum fallen Themen wie die Erweiterungsverhandlungen, die Erneuerung der Landwirtschafts- und Strukturpolitik, der neue Finanzierungsrahmen, institutionelle Veränderungen und die Definition der künftigen Rolle der Union.

Alle diese Themen sind außerordentlich schwierig und miteinander verbunden. Finnland und Deutschland haben überwiegend gleiche Positionen hinsichtlich der erwünschten Lösungen. Die Weitergabe des Vorsitzes von Deutschland an Finnland wird reibungslos vonstatten gehen. Mit den Vorbereitungen für die Zusammenarbeit während des Vorsitzes wurde auf Beamtenebene bereits im Sommer 1997 begonnen. Diese Vorbereitungen wurden inzwischen auch auf Ministerebene fortgesetzt.

Von der Präsidentschaft Deutschlands erwartet Finnland vor allem entscheidende Beschlüsse bezüglich der „Agenda 2000“. Wird im März hierüber kein Einvernehmen erreicht, steht Finnland während seiner ersten EU-Ratspräsidentschaft vor einer wirklich großen Herausforderung. Außerdem gehen wir natürlich davon aus, daß die gemeinsame Währung unter deutschem Vorsitz bereits Anfang Januar reibungslos eingeführt wird.

Die Agenda der finnischen Präsidentschaft hängt in großem Maße davon ab, was während des deutschen Vorsitzes erreicht wurde. Hier kommt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern während der jeweiligen Präsidentschaft deutlich zum Vorschein. Die wichtigsten Themen sind dabei der Erweiterungsprozeß und Agenda 2000.

Weitere Fragen von zentraler Bedeutung sind dabei:

- Die Umsetzung des Vertrages von Amsterdam
- neue Artikel über Befugnisse und Verfahren, einschließlich des neuen Artikels über Transparenz
- Entwicklung der Außenbeziehungen der Union; unter anderem
- Vorbereitungen für die neue WTO-Verhandlungsrunde
- Erneuerung des Lomé-Abkommens
- die nördliche Dimension
- die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Rußland
- Einführungsphase der dritten Stufe der WWU
- Verwirklichung des Binnenmarktes
- Wettbewerbsfähigkeit und Informationsgesellschaft - diese Frage ist für Finnland wichtig, da wir bereits jetzt die weltweit meisten Handys und Internet-Anschlüsse pro Kopf der Bevölkerung haben
- Soziale Dimension einschließlich Gleichstellung
- Umwelt- und Forstaspekte
- Innere Sicherheit sowie Sicherheit und Rechtsschutz der Bürger
- Last but not least: Erhöhung der Effizienz der Union, das heißt die Weiterentwicklung der Institutionen und der Verwaltung

Der Zufall hat es gewollt, daß im Jahre 1999 Deutschland und Finnland den EU-Vorsitz innehaben. Es wäre wichtig, daß unsere beiden Länder während ihrer Präsidentschaft positive Signale für das kommende Jahrhundert - und zugleich das nächste Jahrtausend - geben könnten. Es gilt, größere Enttäuschungen zu vermeiden. Somit tragen Deutschland und Finnland eine große Verantwortung im nächsten Jahr.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-32-5



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>